



Neofaschismus auf dem Vormarsch

Themen, Strategien und Netzwerke der AfD in Hamburg



Inhalt

Vorwort	5
Grußworte von GEW & AK AntiRa von ver.di Hamburg	6
Themen, Strategien und Netzwerke der AfD in Hamburg	9
Die Arbeit der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft seit 2020	17
Verfestigte Rechte Narrative und die Brandmauer	25
Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der AfD-Hamburg	33
Die AfD und die Wohnungskrise in Hamburg	37
Die Positionen der Hamburger AfD zu Klima und Umwelt	41
Die Familienpolitik der AfD	47
AfD und Verbindungen in die extreme Rechte	53
Antifaschistisch handeln	63
Über Uns	67



Vorwort

Die Höcke-AfD ist eine im Kern faschistische, völkisch-nationale, antidemokratische, gewerkschaftsfeindliche und antiemanzipatorische Partei, die die Parlamente als Bühne für ihre menschenverachtende Ideologie nutzt. Sie ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten und zugleich ihr organisierendes Zentrum, denn sie beschäftigt in den Parlamenten hunderte Mitarbeiter aus allen Teilen der Bewegung, die ihre Ideologie in die „Sozialen Medien“ streuen und in politische Intervention umsetzen – bezahlt von dem „System“, auf dessen Zerstörung sie hinarbeiten. Die AfD stellt schon heute eine Bedrohung für alle dar, die nicht in ihr Gesellschaftsmodell passen, die sie in Anträgen, Reden und Pamphleten stigmatisiert, ausgrenzt, verächtlich macht, bedroht: Wer nicht den Stolz auf die „Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ teilt, nicht von ihnen abstammt, wer auf der Flucht nach Deutschland gekommen ist, wer ein selbstbestimmtes Leben abseits von „Vater-Mutter-Kind“-Modellen führen möchte, sich ihrer Politik in den Weg stellt, kritisch berichtet oder einfach nur nicht der Norm entspricht, die sie setzt.

Seit Gründung der AfD 2013 haben wir ihre Wurzeln in diversen rechten Milieus sichtbar gemacht, ihre Entwicklung verfolgt und in zwei Ausstellungen öffentlich gemacht. Seit 2016 haben wir mit den Bündnispartner*innen von „Aufstehen gegen Rassismus“ ihre öffentlichen Auftritte kritisch begleitet und Proteste zu ihren Parteitagen organisiert. Björn Höckes nationalsozialistische Grundsatzrede vom 3. Oktober 2022 haben wir in der Broschüre „Sein Kampf“ ausführlich analysiert.

Ich freue mich sehr, dass der Hamburger Arbeitskreis Neofaschismus sich nun der Hamburger AfD und ganz besonders der Fraktion in der Bürgerschaft widmet: was tun sie dort tatsächlich? Was hätten ihre Wähler*innen zu erwarten, wenn die AfD tatsächlich einmal das „Sagen“ hätte? Wer am 2. März in Hamburg die Wahl hat, findet die Antworten auf diese Fragen in dieser Broschüre und natürlich fortlaufend auf dem Blog afd-watch-hamburg.org.

Ganz herzlichen Dank an den Arbeitskreis Neofaschismus, und es bleibt dabei: Wer AfD wählt, wählt Nazis. Nie wieder ist jetzt – keine Stimme der AfD!

Cornelia Kerth
VVN-BdA



Grußwort der GEW Hamburg

Rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen sind weltweit auf dem Vormarsch. Sie verbreiten Fake News, schüren Ängste und Hass gegen Minderheiten und Andersdenkende. Rassistische Hetze und Gewalt sind bitterer Alltag, gesellschaftliche Diskurse verrohen und rücken nach rechts: auf der Straße, in den sozialen Medien und in der Politik. In Deutschland ist die AfD mittlerweile in allen Landtagen und im Bundestag vertreten. Menschen- und demokratiefeindliche Positionen sowie völkisches Vokabular werden wieder salonfähig und bedrohen die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in Europa. Es ist an der Zeit, menschenverachtenden Worten und Taten lautstark zu widersprechen und klar Stellung zu beziehen! Autoritären und rechtsextremen Tendenzen, sozialer Ausgrenzung und gesellschaftlicher Spaltung entgegenzutreten, ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Die GEW ruft daher ihre Mitglieder auf, gegen rechte Hetze und jede Form von Diskriminierung aktiv zu werden und sich mit den Opfern rechter Hetze zu solidarisieren!

Die GEW steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter, das friedliche Zusammenleben der Religionen, soziale Rechte und Gerechtigkeit, Umweltschutz, Nachhaltigkeit, ein demokratisches und soziales Europa, Frieden sowie eine solidarische und inklusive Gesellschaft. Diesen Positionen und Zielen der GEW steht die AfD diametral entgegen. Wer mit gezielten Provokationen die Grenzen des Sagbaren verschiebt, wer rassistische, sexistische, frauen- und LSBTI-feindliche oder geschichtsrevisionistische Einstellungen und Handlungen propagiert und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern sucht, überschreitet eine rote Linie und muss mit Gegenwehr rechnen. Die GEW ermutigt daher alle Beschäftigten im Bildungsbereich, Haltung zu zeigen und sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen.

Die GEW begrüßt daher diesen Reader vom AK Neofaschismus der VVN-BdA Hamburg zur Bürgerschaftswahl.

Die Aktivitäten der AfD sind nicht zuletzt Ausdruck der politischen Kräfteverhältnisse in der Bürgerschaft, in der eine faschistische Partei sitzt. Das müssen wir aushalten und uns dafür einsetzen, dass sie aus der Bürgerschaft gewählt wird.

Sven Quiring
Vorsitzender der GEW Hamburg



Grußwort des AK AntiRa von ver.di Hamburg

Dank an die Autor*innen für ihre Recherchearbeit. Die Strategien und Handlungsmuster der AfD offenzulegen, ist ein wichtiger Teil der antifaschistischen Arbeit. In Zeiten der gesellschaftlicher Diskursentwicklung nach rechts, von eskalierenden Militarisierungsdebatten, zunehmendem Rassismus und Antisemitismus und der Klimakatastrophe wächst deren Bedeutung.

Gewerkschaft bedeutet sozial (politische) Alternativen zu entwickeln. Eckpfeiler hierfür sind Wirtschaftsdemokratie, Umverteilungskämpfe, intentionale Solidarität. Dabei setzten wir uns ein für gerechte Bildungschancen, soziale Absicherung von persönlichen Krisen und eine Infrastruktur, die eine sichere Daseinsvorsorge für alle gewährleistet.

Wir sind Teil vieler Bewegungen und Bündnisse, es ist uns besonders wichtig, gemeinsam zu agieren, hamburgweit, national und international.

Erinnern heißt handeln!

Gemeinsam handeln, damit der 8. Mai ein Feiertag wird!

Anja Keuchel

Arbeitskreis AntiRassismus, ver.di Hamburg

Wir treffen uns jeden 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60.

Interessierte sind herzlich willkommen.

✉ anja.keuchel@verdi.de

☎ 040 890615160





Neofaschismus auf dem Vormarsch

Themen, Strategien und Netzwerke der AfD in Hamburg

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich seit ihrer Gründung als vermeintlich „eurokritische Professorenpartei“ zu einer faschistisch dominierten extrem rechten Kraft entwickelt, die nicht nur parlamentarisch agiert, sondern auch mit allen Teilen der extrem rechten, teilweise gewaltbereiten Szene vernetzt ist. Ihr wachsender Einfluss in der politischen Landschaft stellt eine unmittelbare Bedrohung nicht nur für demokratische Grundwerte, sondern auch für alle von ihr als „Feinde“ markierten Menschen dar. In Hamburg und anderen Städten regt sich aber auch Widerstand gegen die AfD.

Im Folgenden wird dargestellt, inwiefern Ideologie und politisches Handeln die AfD als eine im Kern neofaschistische Partei ausweisen. Dazu wird erstens eine Annäherung an den vielschichtigen Begriff des Neofaschismus versucht. Zweitens werden die programmatischen Elemente der Partei beleuchtet. Drittens wird skizziert, wie die AfD als Organisatorin verschiedener extrem rechter Bewegungen fungiert und welche Rolle sie in der aktuellen politischen Landschaft spielt. Dabei wird deutlich, dass die Radikalisierung der Partei mit einer Normalisierung ihrer Ansichten in der Gesellschaft einhergeht, was die Bedrohungslage verschärft. Abschließend werden strategische Herausforderungen für die antifaschistische Bewegung und konkrete Gegenstrategien aufgezeigt.

Was heißt Neofaschismus?

Der Begriff „Neofaschismus“ beschreibt ein vielschichtiges Phänomen, das sich nicht in einer einzigen Definition fassen lässt. Im Folgenden werden vier Zugänge vorgestellt, die historische, soziologische und internationale Perspektiven einbeziehen.

Faschismus als historisches Phänomen

Faschismus ist zunächst ein spezifisches historisches Phänomen, das vor allem mit dem italienischen Faschismus unter Mussolini und dem deutschen Nationalsozialismus unter Hitler in Verbindung gebracht wird. Ziel dieser Bewegungen war seit den 1920er Jahren die Zerstörung demokratischer Strukturen, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Schaffung „homogener“, in Gefolgschaften organisierter Gesellschaften. Spezifisch für den deutschen Nationalsozialismus sind die revanchistische Kriegsvorbereitung und der eliminatorische Antisemitismus, der in die Shoah mündete.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde von Überlebenden der Verfolgung, insbesondere des Widerstandes gegen nationalsozialistischen Terror, Völkermord und Vernichtungskrieg gegründet. Zu ihren Zielen gehört seit 1947 neben der Forderung nach Entschädigung der Opfer und Bestrafung der Täter auch die direkte Bekämpfung dieser Ideologien.

Faschismus als Denk- und Handlungsmuster

Aus soziologischer Sicht manifestiert sich Faschismus nicht nur in historischen Bewegungen, sondern auch in aktuellen Denk- und Handlungsmustern. Ein „faschistisches Einstellungsmuster“ lässt sich anhand eines zweidimensionalen Modells erklären, wie es der italienische Politikwissenschaftler Norberto Bobbio vorschlägt. Sein „Einstellungskreuz“ beschreibt die ideologische Positionierung entlang zweier Achsen. Die horizontale Achse steht für das Verhältnis zur Gleichheit der Menschen: Auf der linken Seite das Bekenntnis zur Gleichheit, auf der rechten Seite die Überzeugung von der grundsätzlichen Ungleichheit der Menschen. Die vertikale Achse beschreibt das Spannungsverhältnis zwischen Liberalismus – also der Betonung individueller Freiheit (unten) – und Autoritarismus, der für strenge Hierarchien und Kontrolle steht (oben). Faschistische Ideologien werden im oberen rechten Quadranten verortet, wo sich Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und die Ablehnung demokratischer Werte vereinen.

Solche Einstellungen zeigen sich nicht nur in organisierten Gruppen oder Parteien. Sie spiegeln sich auch in Alltagsgesprächen, etwa am Stammtisch, oder in Wahlentscheidungen wider.

Studien wie die „Mitte-Studien“ und Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer oder Richard Stöss belegen, dass etwa neun Prozent der deutschen Bevölkerung ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ haben und 20 bis 25 Prozent rassistische oder antisemitische Vorurteile teilen. Aussagen wie „Abschieben im großen Stil“ von Olaf Scholz oder „Nicht Kreuzberg, Gillamoos ist Deutschland“ von Friedrich Merz sind symptomatisch für diese Entwicklung.

Faschistische Ideologie: Ungleichheit und Gewalt

Ein zentraler Aspekt des Faschismus ist dabei die Ideologie der Ungleichheit. Menschen, Kulturen und Völker werden als grundsätzlich ungleich betrachtet, wobei biologistische, rassistische und völkische Vorstellungen eine große Rolle spielen. Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von der „Ideologie der Ungleichwertigkeit“. Diese Denkmuster äußern sich in der Unterscheidung zwischen „echten“ Deutschen und sogenannten „Passdeutschen“, also Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die jedoch nicht als „vollwertige“ Deutsche betrachtet werden.

Neben der ideologischen Ebene ist auch der Einsatz von Gewalt ein kennzeichnendes Merkmal des Faschismus. Gewalt, sowohl strukturell als auch individuell,

wird als legitimes Mittel angesehen, um politische Ziele durchzusetzen. Ein Beispiel hierfür sind extrem rechte Gruppierungen, die offen gewaltbereite Aktionen planen und durchführen.

Palingenetischer Ultrationalismus

Ein weiterer Aspekt, der vor allem in der internationalen Faschismusforschung von Roger Griffin hervorgehoben wird, ist der sogenannte „palingenetische Ultrationalismus“. Dabei handelt es sich um den quasireligiösen Glauben an die „Wiedergeburt“ einer Nation oder eines Volkes. Dahinter steht die Vorstellung, dass eine vermeintlich „reine“ Nation oder Kultur durch den Einfluss von Fremden oder durch „Degeneration“ untergegangen sei und nun durch eine radikale Erneuerung wieder auferstehen müsse.

Dieser Glaube an eine „Wiederauferstehung“ findet sich auch in aktuellen politischen Diskursen wieder. Ein prägnantes Beispiel ist die Aussage des AfD-Politikers Björn Höcke: „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine 1000-jährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine 1000-jährige Zukunft hat.“ Solche Aussagen spielen mit dem nationalistischen Mythos einer „glorreichen Vergangenheit“ und einer ebenso „glorreichen Zukunft“, die durch die Rückbesinnung auf vermeintlich „traditionelle“ Werte erreicht werden soll.

Die Programmatik der AfD

Die Programmatik der AfD weist in mehreren Bereichen deutliche Übereinstimmungen auf. Elemente wie Rassismus, Nationalismus, Antifeminismus und Geschichtsrevisionismus prägen die politische Ausrichtung der Partei.

Rassismus und Ethnopluralismus

Ein zentrales Merkmal der AfD-Programmatik ist der Rassismus, der sich in Aussagen wie „kulturfremde Einwanderung“ (Höcke) ausdrückt. Die Partei vertritt die Auffassung, dass die deutsche Kultur von fremden Kulturen bedroht werde. Diese Denkweise basiert auf dem sogenannten Ethnopluralismus, einer Ideologie der Neuen Rechten, die Völker, Nationen und Kulturen als voneinander abgrenzbar und ungleich betrachtet. Dabei wird die deutsche Kultur als überlegen dargestellt und eine homogene nationale Identität angestrebt. Dies steht im Widerspruch zu demokratischen Prinzipien der Gleichheit und kulturellen Vielfalt.

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

Die AfD vertritt starke antifeministische und queerfeindliche Positionen. Ein Beispiel ist der Slogan „Schluss mit Gender-Mainstreaming und Frühsexualisierung“ (Beatrix von Storch). Diese Haltung richtet sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter und die geschlechterpolitischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte.

Die Ablehnung feministischer Errungenschaften ist ein wiederkehrendes Muster in rechtsextremen und neofaschistischen Bewegungen, die traditionelle Rollenverteilungen verteidigen und moderne gesellschaftliche Entwicklungen als Bedrohung wahrnehmen.

Geschichtsrevisionismus

Ein weiterer Aspekt der AfD-Ideologie ist der Geschichtsrevisionismus. Alexander Gauland verharmloste in einer Rede die nationalsozialistische Herrschaft mit den Worten „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Diese Äußerung zeigt das Bestreben, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und die Geschichte umzuschreiben, um ein positives, nationalistisches Narrativ zu stützen. Diese Verklärung der Geschichte ist typisch für faschistische Bewegungen, die nationale Mythen und eine glorreiche Vergangenheit propagieren.

Militarismus und Leugnung der Verbrechen der Wehrmacht

Ein weiteres Element der AfD-Programmatik ist der Militarismus. Gauland forderte, Deutschland dürfe stolz sein auf die „Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Auch wenn sich die AfD derzeit häufig als Friedensbewegung von rechts inszeniert, bleibt ihre Bewunderung für militärische Traditionen und die Bundeswehr unübersehbar. Die Partei pflegt einen militärischen Traditionalismus bis hin zu Liedern und Brauchtum und betont die Bedeutung der „inneren Sicherheit“, indem sie eine Bedrohung durch Chaos und Gewalt heraufbeschwört.

Antisemitismus und Verschwörungserzählungen

Die AfD greift auch auf antisemitische Verschwörungstheorien zurück, insbesondere in Form des Narrativs vom „Großen Austausch“. Diese Theorie, eine moderne Variante der antisemitischen Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung, suggeriert, dass die Eliten die Bevölkerung durch Migration gezielt „austauschen“ wollen, um nationale Identitäten zu zerstören. Personen wie George Soros und die Familie Rothschild werden als symbolische Feindbilder genannt, die dies im Hintergrund in Gang gesetzt hätten.

Nationalismus

Nationalistische Parolen wie „Hol Dir Dein Land zurück“ auf einem Wahlplakat sind Teil der AfD-Propaganda. Björn Höcke spricht sogar von einer „tausendjährigen Zukunft“ Deutschlands und meint damit die Vorstellung einer ewigen nationalen Größe. Dieser extreme Nationalismus verbindet sich mit einer klaren Ablehnung von Multikulturalismus und der Sehnsucht nach einer ethnisch homogenen Nation. Das Bild einer „nationalen Wiedergeburt“ spielt dabei eine zentrale Rolle, ähnlich wie bei den faschistischen Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die AfD – Eine Partei auf dem Vormarsch

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat die Alternative für Deutschland (AfD) einen beispiellosen Aufstieg in der deutschen Parteienlandschaft erlebt. Es ist ihr gelungen, rechte Diskurse in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und eine rechte Infrastruktur zu etablieren, die nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch agiert.

Parteipolitischer Erfolg

Die AfD ist seit ihrer Gründung 2013 äußerst erfolgreich, obwohl sie offen neofaschistische Ideologien vertritt. Mit Wahlergebnissen wie 12,6 % bei der Bundestagswahl 2017 und 10,3 % bei der Bundestagswahl 2021 konnte sie auf Bundesebene signifikante Stimmenanteile erzielen, insbesondere in Ostdeutschland, wo sie im Durchschnitt doppelt so hohe Stimmenanteile wie im Westen verzeichnet. Seit 2014 ist sie mit wenigen Ausnahmen wie Schleswig-Holstein (2021) und Bremen (2023) in allen Landesparlamenten vertreten. Im Osten ist die AfD in Thüringen die stärkste Partei, in den übrigen Landtagen die zweitstärkste. Diese Wahlerfolge sichern der AfD den Zugang zu allen parlamentarischen Möglichkeiten, wodurch sie Ressourcen und Einfluss für ihre politischen Ziele nutzen kann.

Gut vernetzt am rechten Rand

Ein entscheidender Faktor für den Erfolg der AfD ist ihre enge Vernetzung mit der außerparlamentarischen extremen Rechten. Antifaschistische Recherchen und investigative Journalisten wie Correctiv haben diese Verbindungen immer wieder aufgedeckt. Von der NPD über Ideologieschmieden wie die Desiderius-Erasmus-Stiftung oder Götz Kubitscheks Institut für Staatspolitik (IfS) bis hin zu rechts-extremen Publizisten wie Jürgen Elsässer und der Jungen Freiheit – die AfD ist tief in die Netzwerke der extremen Rechten eingebunden. Auch auf der Straße wird sie von radikalen Gruppen wie der Identitären Bewegung und gewaltbereiten Organisationen unterstützt. Gleichzeitig beschäftigen AfD-Abgeordnete und -Fraktionen in den Parlamenten Mitarbeiter aus dem gesamten Spektrum der extremen Rechten. Durch diese Verflechtungen wird die AfD zum „parlamentarischen Arm“ der extremen Rechten und trägt aktiv zum Aufbau einer Infrastruktur bei, die das demokratische System untergräbt.

Eine Einbahnstraße nach rechts

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 hat sich die AfD in einem rasanten Prozess zu einer offen neofaschistischen Partei entwickelt. Diese Rechtsentwicklung lässt sich deutlich an den Führungswechseln innerhalb der Partei ablesen. Mit dem derzeitigen Vorsitzenden Tino Chrupalla hat sich endgültig der völkisch-nationalistische Flügel durchgesetzt, der eng mit dem (formal aufgelösten) „Flügel“ um Björn Höcke verbunden ist. Trotz Versuchen, sich vor allem in westlichen Bundes-

ländern wie Hamburg als „bürgerliche“ Partei zu präsentieren, dominiert inzwischen der radikal-völkische Kurs. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die AfD kontinuierlich weiter nach rechts rückt, ohne Aussicht auf Mäßigung, sondern mit einer zunehmenden Radikalisierung ihrer Inhalte.

Die AfD hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einer offen neofaschistischen Partei entwickelt, die mit ihrer Ideologie nicht mehr hinter dem Berg hält. Björn Höckes „Geraer Rede“ vom 3. Oktober 2023 ist ein prägnantes Beispiel dafür, wie er sich als „Führer“ inszeniert, Feindbilder wie das „Regenbogenimperium“ beschwört und ein verzerrtes Geschichtsbild propagiert. Mit einer potenziellen Massenbasis, die sich aus Gruppierungen wie Pegida, Querdenken und Reichsbürgern zusammensetzt, strebt die AfD einen Systemwechsel an. Ihre Verbindungen zu rechtsterroristischen Netzwerken wie die Putschpläne der „Reuß-Gruppe“, in die AfD-Abgeordnete verwickelt sind, zeigen, dass sie nicht nur parlamentarisch, sondern auch über Straßenbewegungen agiert, um demokratische Strukturen zu zerschlagen. Langfristiges Ziel dieser Strategie ist die Errichtung einer faschistischen Diktatur durch die Eskalation eines Bürgerkrieges von rechts.

Was tun? Was tun!

Für die antifaschistische Bewegung ergibt sich aus dieser Entwicklung eine komplexe strategische Herausforderung. Die AfD ist nicht nur eine Partei mit rechtsextremen Positionen, sondern agiert als Brücke zwischen parlamentarischer Politik und außerparlamentarischer Gewaltbereitschaft.

Antifaschistische Strategien müssen daher sowohl auf die parlamentarische Auseinandersetzung abzielen als auch die gesellschaftliche Mobilisierung gegen die wachsende Normalisierung neofaschistischer Ideologie fördern. Dabei spielt die Aufklärung über die tatsächlichen Ziele der AfD – nämlich die Zerschlagung demokratischer Strukturen und die Errichtung eines autoritären Systems – eine zentrale Rolle.

Aktiv werden!

In Hamburg engagieren sich zahlreiche Initiativen und Organisationen, um der AfD und ihren Unterstützer*innen entgegenzutreten. So zeigt „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR) mit der Kampagne „Höcke ist ein Nazi“ klare Kante gegen die AfD. Darüber hinaus bietet AgR Stammtischkämpfer*innen-Trainings für Menschen an, die den rechtspopulistischen Parolen der AfD argumentativ entgegentreten wollen.

Die Plattform AfD-Watch-Hamburg beobachtet die Aktivitäten der AfD insbesondere im Vorfeld von Wahlen und arbeitet dabei eng mit dem Arbeitskreis Neofaschismus (AK Neofa) der VVN-BdA Hamburg und dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) zusammen. Diese und weitere Gruppen koordinieren auch vielfältige Protestaktionen.

Organisierte Proteste, kreative Kampagnen und eine breite Vernetzung bieten viele Anknüpfungspunkte für Widerstand – lokal und bundesweit. Diesen Widerstand gilt es zu stärken und auszubauen.

Faschismus abwählen!

Die AfD steht für Spaltung, Hass und Ausgrenzung. Wer die AfD wählt, stärkt eine Partei, die systematisch Feindbilder schafft, Rassismus und Nationalismus fördert und unsere Grundwerte in Frage stellt. Hamburg ist bunt, weltoffen und solidarisch und das soll auch so bleiben.



Inszenierung, gezielte Provokation und immer wieder Migration

Die Arbeit der AfD-Fraktion in der Bürgerschaft seit 2020

Bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft im Februar 2020 erreichte die AfD 5,3 Prozent der Stimmen (- 0,8 Prozent gegenüber 2015) und zog mit sieben Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Im Dezember 2020 trat jedoch Detlef Ehlebracht aus der AfD-Fraktion und der Partei aus, verblieb zunächst als fraktionsloser Abgeordneter in der Bürgerschaft und trat schließlich im Oktober 2023 wieder in die Fraktion ein. Die Rückkehr Ehlebrachts ermöglichte es der AfD-Fraktion den schon länger schwelenden Konflikt mit Olga Petersen durch ihren Rauswurf aus der Fraktion zu beenden, ohne den Fraktionsstatus und die damit verbundenen parlamentarischen Rechte und Zuwendungen zu verlieren. Dank des Fraktionsstatus erhält die AfD-Fraktion neben den Sach- und Geldleistungen an die einzelnen Abgeordneten monatlich rund 76.000 Euro an staatlichen Mitteln, mit denen sie ihre menschenfeindliche Politik finanzieren kann.

Zwischen Geschäftsordnung und Eklat

Die AfD kennt die Spielregeln des Parlaments und weiß die Geschäftsordnung für sich zu nutzen. Sie nutzt die Bürgerschaft vor allem als Bühne zur medienwirksamen Inszenierung. Dafür lässt sie keine Gelegenheit aus, um sich als Opfer einer vermeintlich antidemokratischen Ausgrenzung zu inszenieren und Redemöglichkeiten zu beanspruchen. Dabei setzt sie gezielt auf Provokation und Skandale: Immer wieder führt das Gebaren der AfD in der Bürgerschaft zu Ordnungsrufen und Ältestenratssitzungen. Vordergründig bemüht sich die AfD-Fraktion dennoch um eine bürgerliche Fassade, weist den Vorwurf rechter Ideologie von sich und geriert sich als (wert-)konservativ. Dieser vermeintlich bürgerliche Anstrich dient allein dem Versuch der Normalisierung rechter Narrative und menschenfeindlicher Positionen. Denn in ihrer inhaltlichen Arbeit positioniert sich die AfD-Fraktion als stramm rechte und rassistische Partei.

Corona-Diktatur, Nationalismus, Abschiebungen

Während der Coronapandemie inszenierte sich die AfD als parlamentarischer Arm der Querdenkenbewegung. So zweifelte sie die Gefährlichkeit des Virus an, forderte die Aufhebung aller Beschränkungen zum Schutz vulnerabler Gruppen und beschwor eine vermeintliche „Corona-Diktatur“. Auch im parlamentarischen

Betrieb verweigerten sich die AfD-Abgeordneten den parlamentseigenen Corona-Regeln und mussten deshalb zeitweise sogar die Sitzungen von der Tribüne aus verfolgen. Doch auch an anderen Stellen nutzte die AfD jede Gelegenheit zum Eklat. So provozierte die AfD in einer Debatte anlässlich des Jahrestages des rassistischen Anschlages in Hanau, indem der Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Wolf die Tat als die eines psychisch kranken Einzeltäters entpolitisierte und dessen rassistische Motivation absprach.¹ Als die Bürgerschaftspräsidentin anlässlich des 90. Jahrestages des Beginns der NS-Diktatur Nationalstolz kritisierte, warfen ihr die AfD-Abgeordneten „Patriotenbeschimpfung“ vor und konterten mit blankem Nationalismus.²

Ansonsten bleibt die AfD inhaltlich ihrer monothematischen Ausrichtung treu: Migration zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Fraktionsarbeit. In den allermeisten Fällen wird das Thema Migration ganz explizit bedient. Aber auch in Debatten, die vordergründig andere Themen wie Bildungspolitik, Stadtentwicklung oder innere Sicherheit zum Gegenstand haben, schlägt die AfD den Bogen zur Migrationspolitik. Ob schlechte PISA-Ergebnisse, Wohnungsnot oder Kriminalität – für die AfD ist die Ursache sämtlicher gesellschaftlicher Problemlagen immer die Migration. Dabei bedient sie ganz unverhohlen rassistische Stereotype, beschwört vermeintliche „kulturelle“ Unterschiede herauf und vertritt ein völkisch-nationalistisches Menschenbild.

Soziale Medien als Resonanzraum

Einen großen Aufwand betreibt die AfD-Fraktion hingegen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Die Debatten in der Bürgerschaft dienen nicht dem fachlichen Diskurs, sondern ausschließlich der medialen Verwertung in den sozialen Netzwerken. Dabei ist die AfD äußerst erfolgreich: Der fraktionseigene YouTube-Kanal zählt über 20.000 Abonnent*innen und erreicht mit einzelnen Videos mehrere 100.000 Klicks – weit mehr als die anderen Fraktionen auch nur annähernd zusammen.

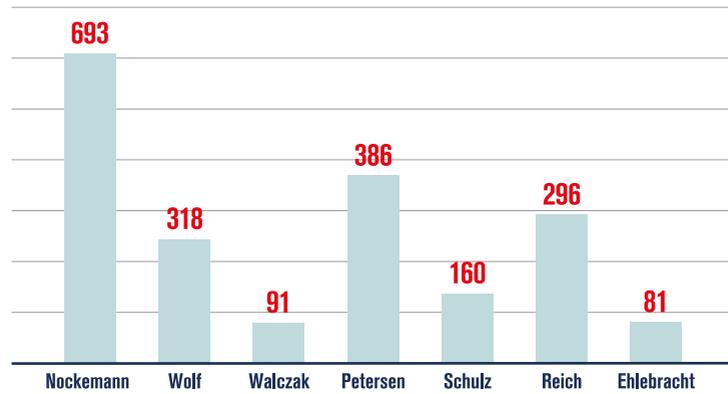
Auch für ihre etwa monatlich stattfindende Veranstaltung „Fraktion im Dialog“ nutzt die AfD die Infrastruktur des Parlaments, um AfD-eigenen Redner*innen aus anderen Parlamenten (wie Alexander Gauland, Beatrix von Storch, Maximilian Kraus oder Tino Chrupalla) oder Vertreter*innen der Neuen Rechten (wie Karlheinz Weißmann oder Dieter Stein) eine Bühne im Hamburger Rathaus zu bieten. Auf diese Weise kann die AfD unter dem Schutz des Parlaments rechte Akteure aus den Hinterzimmern in das Herz der Stadt holen und so zu deren Normalisierung beitragen. Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit – die AfD-Fraktion gibt auch einen zweiwöchentlichen Newsletter und unregelmäßig Postwurfsendungen heraus – ist die Fraktion das eigentliche Sprachrohr der AfD in Hamburg. Der Landesverband betreibt dagegen kaum eigene politische Arbeit oder Öffentlichkeitsarbeit.

Die AfD-Fraktion ist damit sowohl politisch als auch medial der Taktgeber für die rechte Politik der AfD – gespeist aus der Reichweite, den Zuwendungen und den Möglichkeiten der Bürgerschaft.

¹ vgl. Drs.22/19

² Drs.22/66

Parlamentarisches Wirken der AfD: Zeitraum 18.03.2020 – 31.10.2024
Schriftliche Kleine Anfragen der AfD-Fraktion

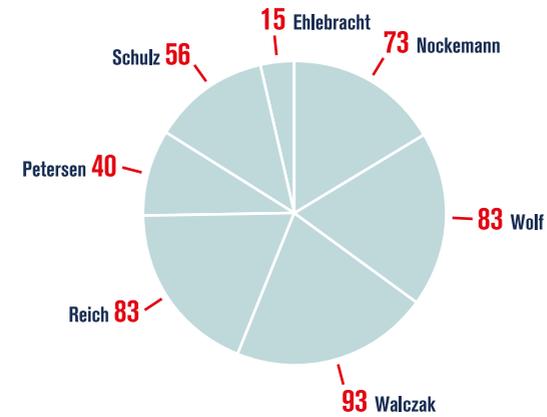


- Bei den Anfragen von Petersen handelt es sich vor allem um regelmäßige Monatsanfragen zu Geburtenzahlen und Geflüchtetenunterkünften.
- Von den 81 SKAen von Ehlebracht, entfallen 41 auf seine Zeit als fraktionsloser Abgeordneter. Seit dem Wiedereintritt in die AfD-Fraktion hat er keine SKAen mehr gestellt.
- Olga Petersen hat seit ihrem Ausscheiden aus der AfD-Fraktion zum 06.05.2024 weitere 25 Schriftliche Kleine Anfragen als fraktionslose Abgeordnete gestellt.

Große Anfragen der AfD-Fraktion



Anträge der AfD-Fraktion



Gezählt nach der namentlich zuerst auf den Antrag genannten Person (die damit federführend für den Antrag verantwortlich ist, in der Regel entsprechend dem Fachsprecher*innen-Prinzip).

Fachsprecher*innen:

Nockemann: Inneres, Islam, Justiz, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform, Verkehr

Wolf: Integration, Zuwanderung, Islam, Jagd, Fischerei, Jüdische Belange, Kultur, Schule, Stadtentwicklung, Tourismus

Walczak: Digitales, Europa, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Hafen, Innovation, Medien, Verfassung, Verbraucherschutz, Wirtschaft, Wissenschaft

Petersen war Fachsprecherin für folgende Bereiche: Bürgerkontakte, Eingaben, Familie, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Kinder, Jugend, Medien.
 Aus der Homepage der AfD-Fraktion ergibt sich nicht, wer die Fachbereiche von Petersen übernommen hat. Im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss sitzt jetzt für die AfD-Fraktion Schulz.

Schulz: Arbeit, Kommunales, Bezirke, Öffentliche Unternehmen, Soziales, Sport

Reich: Behinderte, Datenschutz, Energie, Gesundheit, Haushalt, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

Ehlebracht: aktuell keine

Aktuelle Stunden der AfD-Fraktion

Sitzung	Datum	Thema
10. Sitzung	16.09.2020	Moria – Altparteien setzen falsches Signal für Migranten und Schleuser!
18. Sitzung	10.02.2021	Mittelstand am Boden – Lockdown beenden!
24. Sitzung	05.05.2021	Corona-Wahnsinn beenden – Hamburg wieder normal
32. Sitzung	15.09.2021	20 Jahre 11. September – Hamburg muss sich gegen importierte Islamisten wehren
37. Sitzung	01.12.2021	Bündnis für offene Grenzen, Klimahysterie und Schuldenberge – Die Ampel-Koalition nimmt ihre Arbeit auf
43. Sitzung	30.03.2022	Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine geht weiter: Explodierende Energie-, Sprit- und Lebensmittelpreise sowie katastrophale Organisation der Flüchtlingsaufnahme demaskieren linkselbe Politik!
48. Sitzung	15.06.2022	Rot-grüne Abschiebungsverweigerung sofort beenden – konsequentes Abschieben jetzt!
53. Sitzung	06.10.2022	2015 ist zurück! Rot-Grün versagt bei historischer Flüchtlingswelle
61. Sitzung	01.02.2023	Blutausch im Regionalzug: Staatenloser Palästinenser bringt junges Pärchen um – Justizsenatorin Gallina rücktrittstun
66. Sitzung	26.04.2023	Von Willy Brandts „Deutsche – wir können stolz auf unser Land sein“ zu Carola Veits Patriotenbeschimpfung und anderen Verdrehungen – Patriotismus ist Grundlage für ein demokratisches Gemeinwesen
71. Sitzung	05.07.2023	Bürgerkriegsähnliche Zustände in Frankreich mahnen: Hamburg braucht die Zeitenwende in der Migrations- und Integrationspolitik
76. Sitzung	08.11.2023	Schrecklicher Höhepunkt der Migrationspolitik von SPD, Grünen und CDU: Ausschreitungen von Migranten* und Hass gegen Juden, Israel und Deutschland – wann wird die Massenmigration gestoppt? *Schwärzung durch die Bürgerschaftskanzlei. Im Original hieß es dort „Migrantenmob“

81. Sitzung	31.01.2024	Ampel verramscht Staatsangehörigkeit – Turbo-Einbürgerung erhöht massiv die Gefahr von Parallelgesellschaften in Hamburg
87. Sitzung	15.05.2024	Hamburg im Würgegriff von Islamisten: Rot-Grün redet nur, handelt aber nicht!
92. Sitzung	04.09.2024	Solingen ist überall: Gerade Hamburg braucht den sofortigen Aufnahmestopp von illegalen Migranten durch lückenlose Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen

Rechnungslegung der Fraktionen:

- 2020 (Drs.22/8299): Einnahmen nach § 2 Fraktionsgesetz: 882.972,00 € (Personalkosten machen knapp 60 % der Ausgaben aus, rund 16 % für Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes, rund 10 % Öffentlichkeitsarbeit)
- Leistungen nach § 2 Fraktionsgesetz sind aktuell monatlich (wurden erhöht): 1.785 € pro Mitglied der Fraktion + Oppositionszuschlag 866 € + 6000 € PUA-Zuschlag + 55.635 € (Grundbetrag) = 80.192 für die AfD (962.304 pro Jahr – ohne Ehlebracht bzw. Petersen: 908.892)
- Leistungen nach § 3 Fraktionsgesetz: Sachleistungen: Büros in festgelegter Fläche, technische Infrastruktur, Zugriff auf Räumlichkeiten des Rathauses und der BK. Dienstwagen/Fahrer*in (oder bei Verzicht auf Dienstwagen 50.000 € pro Jahr)
- Hinzu kommen die Gelder für Abgeordnete nach dem Abgeordnetengesetz (Diät, Sitzungsgelder, aber auch Kosten für Anmietung, Büroausstattung und vor allem Personal)



Die Brandmauer bröckelt

Verfestigte Rechte Narrative und die Brandmauer

„Brandmauer“ ist zu einem geflügelten Wort geworden und meint die inhaltliche, personelle und parlamentarische Distanzierung von der AfD als parlamentarischem Arm der extremen Rechten.

Diese Abgrenzung konsequent aufrecht zu erhalten ist wichtig, denn die AfD hat sich zu einer faschistisch dominierten extrem rechten Kraft entwickelt, deren Ziel die Errichtung einer faschistischen Diktatur durch die Eskalation eines Bürgerkriegs von rechts ist. Ihr wachsender Einfluss in der politischen Landschaft stellt eine unmittelbare Bedrohung nicht nur für demokratische Grundwerte, sondern auch für alle von ihr als „Feinde“ markierten Menschen dar.

Die demokratischen Parteien lassen sich jedoch thematisch von der AfD treiben und setzen auf eine Verschärfung der Asylpolitik, hetzen gegen liberalere Parteien, Linke, Antifaschist*innen und Klimaaktivist*innen oder übernehmen gar rechts-extreme Rhetorik und Bildsprache. Diese Strategie soll die Wähler*innen davon überzeugen, dass sie genauso konsequent handeln wie die AfD. Doch dieser Ansatz ist falsch, denn deren Wahlerfolge lassen sich nicht durch eine Anpassung an deren Themen – insbesondere in der Migrationspolitik – verhindern. Dies belegen auch aktuelle Studien. Genau diesen Fehler machen aber die CDU, Bundeskanzler Olaf Scholz und die Bundesregierung insgesamt, wenn sie Abschiebungen fordern und Haftlager an den EU-Außengrenzen nicht verhindern. Sahra Wagenknecht baut Brücken nach Rechtsaußen. Und die CDU will auf europäischer Ebene eine Zusammenarbeit mit der postfaschistischen italienischen Regierung und anderen rechten Parteien nicht mehr ausschließen.

Die Brandmauer bröckelt – bei der CDU, die als konservative Partei schon immer nach rechts offen war und nun sogar in Hamburg punktuell mit der AfD zusammenarbeitet. Bei SPD und Grünen, die rechte Diskurse übernehmen und Antifaschismus in den eigenen Reihen dem Koalitionszwang opfern. Begünstigt wird diese Entwicklung auch durch einen Rechtsruck auf Bundes- und EU-Ebene.

In diesem Beitrag zeigen wir am Beispiel Hamburgs, wo die demokratischen Parteien die Distanz zur AfD nicht ausreichend wahren und somit die Brandmauer ins Wanken gerät. Dabei gehen wir exemplarisch auf Diskurse, parlamentarische Arbeit, zivilgesellschaftliche Kampagnen und personelle Überschneidungen ein. Es werden aber auch Traditionen und parlamentarische Praktiken aufgezeigt, die den Erfolg der rechtsextremen Partei begünstigen.

Rechte Tradition und Rechtsruck bei der CDU

Konservative Parteien vertreten ohnehin traditionell rechte Positionen wie restriktive Migrationspolitik, Law-and-Order-Strategien oder traditionelle Familienbilder und Geschlechterrollen. Da bei diesen Themen aus Sicht der rechten Wähler*innen keine tiefgreifenden Veränderungen erreicht wurden, nähern sich konservativ rechte Parteien zunehmend rechtsextremen Narrativen an und übernehmen auch deren Spielarten bis hin zu aggressiver Rhetorik und Hetze. Ein Beispiel ist die Hetze über soziale Medien, wie sie etwa Christoph Ploß betreibt, der bei Nius gegen gendergerechte Sprache oder das Selbstbestimmungsgesetz polemisiert, Ungarn als Vorbildprojekt in Sachen Asyl lobt, Kriminelle am Aussehen zu erkennen glaubt¹ und gegen die Grünen hetzt. 2021 sprach der CDU-Politiker Christoph de Vries bei einer Podiumsdiskussion zum Thema politischer Islam davon, dass Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern wie Amerika oder Kanada kein Einwanderungsland sei, sondern ein „Zuwanderungsland“ in dem es ein „genuin deutsches Volk“ gebe.² Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union verglich Jens Spahn die Hamburger SPD-Politikerin Özoguz mit Hermann Göring³, der CDU-Bundestagskandidat Hendrik Streek relativierte mittelalterlichen Judenhass mit einem Vergleich des Umgangs mit Ungeimpften während der Corona-Pandemie und mit Jüdinnen und Juden während der Pest.⁴ 2022 nahm die CDU Jörn Kruse auf, den ehemaligen Chef der Hamburger AfD. Christoph Ploß, ehemaliger Vorsitzender der Hamburger CDU, bekennender Friedrich-Merz-Fan, stramm konservativ, neoliberal und ein Feind gendergerechter Sprache, hatte 2021 seiner Partei empfohlen, sich ein Beispiel an der österreichischen ÖVP zu nehmen. Die ÖVP bildete von 2017 bis 2019 eine Koalition mit der rechtsextremen FPÖ. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) kommentierte damals, mit diesem Schritt sei auch in der CDU die Brandmauer nach rechts gefallen.⁵

CDU-Mitglied Vosgerau und seine Verbindungen zur AfD Hamburg

Der gebürtige Pinneberger und CDU-Mitglied Ulrich Vosgerau⁶ ist für seine Verbindungen sowohl zur CDU als auch zur AfD und auch für seine Affinität zu rechtsextremen Ideologien bekannt. Seit der Klage der AfD gegen die Bundesregierung 2015/2016 wegen der Grenzöffnung ist er umstritten. Die CDU scheint jedoch in den letzten Jahrzehnten wenig Interesse gehabt zu haben, sich von Vosgerau zu distanzieren, obwohl dieser seit Jahren in rechtspopulistischen und rechtsextremen Medien publiziert und in seinem Buch „Die Herrschaft des Unrechts: Die Asylkrise, die Krise des Verfassungsstaates und die Rolle der Massenmedien“ von „Postdemokratie“ und „Herrschaft des Unrechts“ schwadroniert.

Erneute Schlagzeilen machte er mit der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche und seiner Teilnahme am Rechtsextremisten-Treffen in Potsdam. Dort hielt es Vosgerau für denkbar, die Rechtmäßigkeit von Wahlen durch die Entwicklung von

Musterschreiben in Frage zu stellen. Besonders brisant ist seine Beteiligung an der Erneuerung der Hamburger Verfassungspräambel, bei der er von der Hamburger AfD als Sachverständiger hinzugezogen wurde. Diese neue Passage der Präambel, die sich explizit gegen Rassismus, Antisemitismus und die Verherrlichung totalitärer Ideologien wendet, wurde in seinem Gutachten als wahnhaft abgetan. Als ihn die Hamburger AfD in diesem Frühjahr einlud, um über die angeblich wahren Vorgänge in Potsdam zu berichten, sah sich die Hamburger CDU schließlich gezwungen, sich von Vosgerau zu distanzieren.

SWG – Verbindungen zwischen CDU und AfD

Die Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (SWG) ist wie Vosgerau ein weiteres Beispiel für personelle Verflechtungen zwischen AfD und CDU. Die 1962 gegründete SWG fiel schon früh durch geschichtsrevisionistische, rassistische und nationalistische Themen auf. Das HBgR warnt seit langem vor der SWG und berichtet regelmäßig über deren personelle und ideologische Verflechtungen.

Trotz dieser Ausrichtung wurde die SWG erst 2023 vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft. Die Nachsicht des Verfassungsschutzchefs Torsten Voß (CDU) könnte damit zusammenhängen, dass bei der SWG neben extrem rechten Referent*innen auch Politiker*innen von CDU und CSU referierten. So waren beispielsweise Stefan Ehmcke und Fedor M. Mrozek von der CDU für die SWG aktiv. Aktuell wird der Kieler CDU-Politiker Fedor M. Mrozek im Beirat der SWG genannt. Der AfD-Politiker Miguel Venegas leitet die Hamburger Sektion der SWG.

CDU und AfD gemeinsam gegen Gendern

In anderen Landesverbänden ist es bereits vorgekommen, dass die CDU Abstimmungen mit der AfD gewonnen hat – zum Beispiel in Thüringen, wo ein Sprachverbot beschlossen wurde, das die Inklusion von nicht-binären und trans-Menschen sowie Frauen verbietet. Genau an dieses Thema knüpfte auch eine Zusammenarbeit von CDU, AfD und NPD in Hamburg an. Dort hatte sich eine Volksinitiative „Schluss mit dem Gendern in Verwaltung und Bildung“ gegründet, die die Möglichkeit der geschlechtergerechten Ansprache verbieten wollte. Die CDU unterstützte diese Initiative und sammelte an Infoständen Unterschriften. Auch die AfD und die NPD unterstützten die Initiative. Die Initiative sprach sich zwar gegen die Vereinnahmung durch die Parteien aus, distanzierte sich aber nicht ernsthaft von AfD und NPD. Nachdem sich die Sprecherin der Volksinitiative queerfeindlich geäußert hatte, distanzierte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende – wohlgemerkt nur von der Diskriminierung Homosexueller, nicht von der ebenfalls angesprochenen Diskriminierung von trans-Menschen.

Fazit: Dieser Schulterschluss mit den Rechten macht die Partei unglaubwürdig, da sie aus Sicht der rechten Wähler*innen trotz Populismus, Hetze und Falschmeldungen auch keine wirklichen Lösungen bietet. Dies schafft den idealen Nährboden für das Narrativ der AfD, die sich als radikale Alternative zum festgefahrenen Status quo präsentiert und damit den Weg in den Faschismus ebnet.

Rechtsruck bei SPD und Grünen

Neben den traditionell rechten und konservativen Parteien verstärkt sich der Rechtsruck aber auch in den liberaleren Parteien wie der SPD und den Grünen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Migrations- und Außenpolitik. So forderte Scholz im Spiegel, im „großen Stil“ abzuschieben, oder begrüßte die Postfaschistin Meloni lächelnd mit Handschlag bei ihrem ersten Besuch in Deutschland und übergab der „lieben Giorgia“ das Wort.⁷ Der Grünen Politiker Kretschmer fordert „mehr Härte im Asylrecht“ und SPD und Grüne setzen dies mit ihrer Zustimmung und Befürwortung des GEAS⁸ (Gemeinsamen Europäisches Asylsystem) auch um.

Die Grünen wurden neben der Umweltpolitik auch gegründet, um verschiedene politische Anliegen zu vereinen. Progressiver Wandel, aber auch Antifaschismus waren bei der Gründung für einige Strömungen zentrale Werte. Durch die Übernahme rechter Themen droht der Verlust dieser Identität. Wenn Parteien gerade in ihren Kernbereichen Kompromisse eingehen, entfremden sie sich von Wähler*innen, die genau diese Werte schätzen. Dies gilt insbesondere bei Zugeständnissen in der antifaschistischen, aber auch bei der Sicherheits- und Migrationspolitik.

Einige exemplarische Beispiele: Die rot-grüne Regierung in Hamburg hat ohne Not und in vorseilendem Gehorsam als erstes Bundesland die sogenannte Bezahlkarte mit einer Bargeldgrenze von 50 Euro für Flüchtlinge eingeführt.⁹ Dieses Gesetz ist ein Instrument der Kontrolle und des institutionellen Rassismus, soll der Abschreckung dienen und gilt inzwischen nicht nur als Blaupause für andere Bundesländer, sondern auch als potentielle Vorlage zur Kontrolle anderer Randgruppen wie z. B. Bürgergeldempfänger*innen.

Der Umgang der SPD-geführten Sozialbehörde mit obdachlosen Menschen während der Corona-Pandemie offenbarte ein ganz bestimmtes Menschenbild. Plötzlich obdachlos gewordene Menschen wurden ihrem Schicksal überlassen, weil die Stadt sich weigerte, Hotelunterkünfte zur Verfügung zu stellen.¹⁰

Ein rigider Fraktionszwang führte jüngst sogar dazu, dass eine grüne Parlamentarierin wegen ihrer antifaschistischen Haltung bei der Abstimmung über den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU-Komplex streng diszipliniert und mundtot gemacht wurde: Als sie nicht der Fraktionslinie folgte, weil sie den Beschluss nicht mittragen konnte, wurde sie aus ihrem Amt als Fach-

sprecherin entfernt. Dieser Vorgang zeigt, wie wichtig es ist, demokratische Praxis zu stärken und auszubauen, statt sie zu untergraben. Nicht zuletzt deshalb, weil jeder Verlust an demokratischer Vielfalt und Transparenz faschistische Strömungen stärkt.

Faschismus kann nur entstehen, wenn die freiheitliche Demokratie fehlt. Deshalb ist darauf zu achten, dass dies nicht durch die eigene Praxis gefördert wird.

Autoritäre Tendenzen in Bürgerschaft und Regierungshandeln

Die Affäre um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU (NSU-PUA) zeigt deutlich, wie schwer sich die Parteien damit tun, eigene Versäumnisse bei der Aufklärung von Neonazi-Verbrechen offenzulegen. Ähnlich verhält es sich mit der fehlenden Aufarbeitung der Brechmitteleinsätze, für die Olaf Scholz (SPD) seinerzeit grünes Licht gab. Bis heute weigern sich politisch Verantwortliche hartnäckig, Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen.¹¹

Der fehlende Wille zur Aufklärung eigener Vergehen und die Tendenz zur autoritären Formierung zeigen sich auch in den Vorgängen um Polizeigewalt, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und andere staatlich organisierte Rechtsbrüche rund um den G20-Gipfel, für die Andy Grote (SPD) maßgeblich verantwortlich ist. Die Polizei und der zuständige Senator blieben bislang weitgehend unbehelligt. Auch die anhaltende Verweigerung einer angemessenen und unabhängigen Aufklärung der Vorfälle gefährdet demokratische Grundprinzipien und leistet damit einem Rechtsruck Vorschub. Besorgniserregend ist aber auch die Tendenz, angesichts des wachsenden Einflusses rechtspopulistischer Kräfte wie der AfD Law-and-Order-Positionen zu stärken.

Fazit: Während konservative und rechtsextreme Kräfte an Einfluss gewinnen, führt die Übernahme rechter Diskurse und Positionen in liberalen und sozialdemokratischen Parteien zu einer zunehmenden Legitimierung autoritärer bis rechtsextremer Handlungsweisen und Positionen.

Wie steht's um die Brandmauer in der Hamburgischen Bürgerschaft?

Die Gefährdung der Brandmauer zeigt sich auch in der Hamburgischen Bürgerschaft. Wer die Debatten in der Hamburgischen Bürgerschaft vor Ort verfolgt, kann beobachten, wie sich CDU und AfD annähern. So scherzten laut einer Abgeordneten Thering (CDU) und Nockemann (AfD) während ihrer Rede miteinander (Protokoll 17.01.24). Dies geschah unmittelbar nach den Korrektiv-Recherchen, als bundesweit bereits Hunderttausende demonstrierten und die Hamburger Kundgebung (19.01.24) unmittelbar bevorstand. Ähnlich verfährt die CDU, wenn sie bei Themen, die ihrer Position entsprechen, sogenannte Zusatzanträge zu den Anträgen der AfD stellt und diese damit indirekt legitimiert. Genau das nutzt die AfD, um sich bürgerlich darzustellen und ihre gruppenbezogene Menschenfeind-

lichkeit zu verbreiten. Während die Mehrheit der Hamburgischen Bürgerschaft die einzelnen AfD-Abgeordneten für Wahlämter (wie die Härtefallkommission oder den Beirat für politische Bildung) aufgrund mangelnder Qualifikation für ungeeignet hält und daher nicht wählt, erhält die AfD mehr Stimmen als die Fraktion Mitglieder hat.

Rechtsruck auf (inter)nationaler Ebene

Neben der politischen Praxis der Parteien gibt es auch institutionelle Gründe, die zu einer inhärent rassistischen Politik der bürgerlichen Parteien beitragen. Dieser strukturelle Rassismus ist tief in der Funktionsweise von Nationalstaaten und Bündnissen wie der Europäischen Union verankert. Aus der Logik von Nationalstaaten und deren Bündnisse ergibt sich die Notwendigkeit, nationale und ökonomische Interessen zu wahren, was zwangsläufig zu einer Abgrenzungspolitik gegenüber bestimmten Gruppen führt. Die Unterscheidung in Außen- und Innengruppen zieht sich durch die politischen Institutionen und wird in restriktiven Einwanderungs-, Sicherheits- und Integrationspolitiken sichtbar. Die Europäische Union hat mit dem Schengener Abkommen den freien Personenverkehr innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten ermöglicht. Gleichzeitig werden jedoch die Außengrenzen streng kontrolliert und gegen unerwünschte Migration abgeschottet, inzwischen sogar wieder die Nationalgrenzen. Die Grenzschutzagentur Frontex nutzt dafür intensive Überwachung, Abschiebungen und manchmal sogar militärische Methoden. Das hat in der Vergangenheit zu Push-Backs und Verletzungen der Menschenrechte geführt. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, dass Migration als Bedrohung wahrgenommen wird und verstärken strukturellen Rassismus und rassistische Vorurteile gegenüber Menschen sowie die Betonung nationaler Werte. Menschen, die von „außen“ kommen oder dafür gehalten werden, werden als Bedrohung dargestellt. Nationale Identität und Abgrenzung werden zunehmend zum politischen Prinzip.

Die Brandmauer bröckelt

Die aufgeführten Beispiele verdeutlichen, dass die Brandmauer gegen die extreme Rechte gefährlich bröckelt. Es ist dringend notwendig, diese Entwicklungen nicht nur zu benennen, sondern aktiv gegen die Normalisierung und Übernahme rechtsextremer Positionen vorzugehen. Oft wird Anpassung oder Übernahme der Themen als Strategie dargestellt, um verlorenen Wähler*innenstimmen zurückzugewinnen. Studien^{12 13} kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass solche Erfolge, wenn überhaupt, nur von kurzer Dauer sind. Langfristig führt die Übernahme und Verstärkung rechtsextremer Narrative zur Normalisierung und damit zur Stärkung rechtsextremer Parteien.

Demokratische Parteien, Zivilgesellschaft und Presse müssen klare Kante zeigen und sich entschlossen gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Ideologien positionieren. Nur so kann die Erosion der Brandmauer gestoppt und ein nachhaltiger Schutz demokratischer Werte gewährleistet werden.

¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article407296722/ploss-video-jungfernstieg.html>

² <https://www.rnd.de/politik/hamburger-cdu-politiker-de-vries-empoert-mit-rassistischer-aussage-zur-einwanderung-O7FYTCLHORFDTBK7MAB72JVID4.html>

³ <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/jens-spahn-vergleicht-aydan-oezoguz-mit-hermann-goering/>

⁴ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-virologe-streeck-kritisiert-ausgrenzung-von-ungeimpften-mit-juden-a-adde27aa-f796-42be-a6e7-46ece4f1c0a3>

⁵ <https://www.hbgr.org/7364-cdu-neumitglied-kruse-unterstuetzte-5-jahre-die-rassistische-politik-der-afd>

⁶ <https://afd-watch-hamburg.org/netzwerk/ulrich-vosgerau/>

⁷ <https://taz.de/Giorgia-Meloni-zu-Besuch-bei-Olaf-Scholz/!5913506/>

⁸ <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181402.geas-uneinigkeit-der-gruenen-zur-eu-asylreform-wird-der-partei-nuetzen.html>

⁹ <https://taz.de/Bezahlkarten-fuer-Gefuechtete-in-Hamburg/!5989217/>

¹⁰ <https://taz.de/Hotels-fuer-Obdachlose-waehrend-Pandemie/!5677176/>

¹¹ <https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Als-Achidi-John-starb-Ein-Brechmittel-Einsatz-und-seine-Folgen,brechmittel100.html>

¹² Krause, Cohen and Abou-Chadi, 2023

¹³ 'Rechtsaußen' von Cas Mudde - Buch - 978-3-8012-0579-9, 2020



Friede den Palästen, Kampf den Minderheiten

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der AfD-Hamburg

Die jahrelangen Auseinandersetzungen innerhalb der AfD bzgl. der Renten- und Sozialpolitik scheinen der Vergangenheit anzugehören. 2020 einigten sich die verschiedenen Flügel auf einen Kompromiss, das sogenannte „Konzept zur Sozialpolitik“. Darin bekennt sich die Partei „zum Sozialstaat, zur sozialen Marktwirtschaft und zur Solidarität und gegenseitigen Hilfe innerhalb unseres Volkes“ und macht einen Geburtenrückgang für angebliche „Verwerfungen in den Sozialsystemen“ verantwortlich. An diesem Geburtenrückgang seien z. B. der Feminismus, Abtreibungen und eine familienfeindliche Politik schuld. Kurz gesagt: Der Sozialstaat soll für Deutsche da sein und soziale Missstände auf Feindbilder abgelenkt werden.

Sozialdemagogie und Kampf gegen arme Menschen

Sozialdemagogie ist auch das Markenzeichen der AfD Hamburg, natürlich wird vor allem gegen Migrant*innen und geflüchtete Menschen gehetzt. Einige Beispiele: Nicole Jordan, Fraktionsvorsitzende von Hamburg Mitte und Frontfrau des offen faschistischen Flügels, ist gegen das Bürgergeld, denn „jeder dritte Bürgergeldempfänger ist Ausländer“.¹ Selbstverständlich sind für die AfD Migrant*innen und Geflüchtete auch schuld an der Wohnungsknappheit. Damit ist das Gegenmittel für die AfD klar: „Abschieben schafft Wohnraum“², so der stellvertretende Landesvorsitzende Alexander Wolf. Auf ihrer Facebook-Seite wettet die AfD-Hamburg, dass angeblich die Hamburger Friedhöfe verrotten, während „Milliarden für Migranten ausgegeben werden“.³ Der Abgeordnete Marco Schulz beklagte sich in einer Bürgerschaftssitzung über „aggressive Bettler in der Innenstadt“⁴ und führte die Obdachlosigkeit in Hamburg auf einen „hohen Ausländeranteil unter den Obdachlosen“ zurück, was wiederum an „den bedingungslos offenen Grenzen“ liegen würde. So wird aus einem sozialen Problem ein „Ausländerproblem“.

In einer weiteren Sitzung machte Marco Schulz Stimmung gegen die Unterstützung von armen Menschen. Das Bürgergeld ist seiner Meinung nach „für weite Teile der Bevölkerung absolut unsozial“.⁵ Angeblich würden Mindestlohnempfänger*innen „entweder knapp mehr oder knapp weniger als ein Bürgergeldempfänger erhalten“ – eine These, die längst widerlegt ist und Menschen mit geringem Verdienst gegen Bürgergeldempfänger*innen ausspielt. Zudem hätten Bürgergeldempfänger*innen „Privilegien“, gemeint war die Karenzzeit, die Schonfrist für

Ersparnisse und Wohnung bei Eintreten der Bedürftigkeit. Die AfD bekämpft lieber arme Menschen als die Armut selbst.

Kein Schutz für Mieter*innen

Wenn sich die Hamburger Partei jenseits von Hetze überhaupt mal zur Sozial- und Wirtschaftspolitik äußert, so steht sie stets auf Seiten von Besitzenden und Unternehmen und vertritt wirtschaftsliberale Positionen. Staatliche Regulierungen lehnt sie ab und setzt auf den Markt. 2023 einigten sich die rot-grünen Fraktionen mit der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden & Miete!“. Die Einigung beinhaltete ein Verbot des Verkaufs von Grund und Boden der Stadt Hamburg. Flächen, die für den Wohnungsbau bestimmt sind, sollen künftig nur noch im Erbbaurecht vergeben werden. Damit soll der Spekulation und dem Ausverkauf von städtischen Grundstücken vorgebeugt werden. Die Einigung wurde von der AfD im Einklang mit den Immobilienverbänden heftig kritisiert. Für Wolf wird mit dem Verkaufsverbot „der Markt negativ beeinflusst“.⁶ Für den Abgeordneten Krzysztof Walczak wird „ein in Ansätzen sozialistisches – weil eigentumfeindliches – wohnungspolitisches Programm in die Verfassung geschrieben“.⁴ Stattdessen will die AfD den Eigentumserwerb fördern, ist gegen jegliche Maßnahmen zum Schutz von Mieter*innen und stellt sich so an die Seite der Immobilienunternehmen.

Kürzungspolitik und Privatisierungen

Die AfD ist eine Befürworterin einer harten staatlichen Kürzungspolitik, die auf die Schuldenbremse setzt. Investitionen in Infrastruktur haben eher keine Priorität, Klimaschutzmaßnahmen lehnt sie ohnehin kategorisch ab. Thomas Reich im Dezember 2023 in der Bürgerschaft: „In diesen Zeiten heißt es maßhalten und Prioritäten setzen. Nicht die Schuldenbremse muss weg, sondern die Ampel, der rot-grüne Senat und die irrwitzige Klimapolitik.“⁷ Gleichzeitig möchte sie die Grund-, Grunderwerbs- und Gewerbesteuer abschaffen, ebenso die Erbschaftsteuer. Woher das Geld für Hamburg kommen soll, wird nicht gesagt, verwiesen wird nur auf Einsparungen beim Klimaschutz und auf eine angebliche Kostenexplosion bei der Migration. Auf Sozial- und Umweltprojekte dürften schwere Zeiten zukommen, sollte sich die AfD mit ihrer Linie durchsetzen.

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die Partei einen „schlanken Staat“, der sich auf die Bereiche „innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung zu konzentrieren habe“. Der Staat solle sich also aus der Wirtschaft weitgehend heraushalten. Dementsprechend setzt die AfD immer wieder auf Privatisierung von staatlichem Eigentum. Alexander Wolf bezeichnet sich in der Bürgerschaft als „Freund von Privatisierungen“ und führt weiter aus: „Privatisierungen sind dort sinnvoll, wo der Staat in die Wirtschaft eingreift. Das ist nicht Aufgabe des Staates. Private Bürger sind so gut wie immer besser in der Lage und wirtschaften besser mit ihrem eigenen Geld, als es der Staat tut.“⁸ Auch

gegen den Teilverkauf des Hamburger Hafens hatte die AfD grundsätzlich nichts einzuwenden. Krzysztof Walczak kritisierte in der Bürgerschaft lediglich, dass „andere potentielle Investoren (als MSC, der Verfasser) nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden“. Er fügte hinzu, dass es richtig sei „Private zu beteiligen“.⁹ Der Verkauf städtischer Infrastruktur stellt für die AfD kein Problem dar.

Feindbild Gewerkschaften

Gewerkschaften sind ein weiteres Feindbild der AfD. Antigewerkschaftliche Parolen finden sich bei der AfD zuhauf. Ein führender Vertreter der AfD bezeichnete einst die Gewerkschaftszentralen als „Wurmfortsätze der SPD und der Linken“.

Von Rechten für abhängig Beschäftigte hält die AfD nicht viel. Für Marco Schulz ist etwa Betriebsratsbehinderung eine „Verschwörungstheorie“, „ein Phantasieproblem“ und „findet nur in Einzelfällen statt“.¹⁰ Ein Antrag über die Einrichtung einer Beratungsstelle „Behinderung der Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Organisation“ wurde von der Bürgerschaft an den Sozialausschuss übergeben. Als einzige Fraktion stimmte die AfD dagegen.

Das Arbeitszeitgesetz hingegen sollte nach Meinung von Schulz überarbeitet werden, da es zu starre Vorgaben mache.¹¹ „Bürokratieabbau“ heißt das übliche Wort der AfD dafür, Schutzgesetze zu verwässern. Ein Wort, das auch Arbeitgeberverbände sehr gerne verwenden.

Fazit: Sozialpolitik wird von der AfD vor allem verwendet, um gegen Minderheiten zu hetzen. An Lösungen von Problemen hat sie kein Interesse. Sie steht trotz aller sozialen Rhetorik an der Seite des Kapitals. Abhängig Beschäftigte, Rentner*innen, Mieter*innen und Menschen, die Transferleistungen beziehen, haben von der AfD nur soziale Kälte zu erwarten.

¹ Nicole Jordan, Facebook vom 3.9.2023

² <https://afd-fraktion-hamburg.de/2023/06/23/weitere-sozialwohnungen-nur-fuer-asylanten-wolf-abschieben-schafft-wohnraum>

³ AfD-Hamburg, Facebook vom 11.4.2023

⁴ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84112/22_065_plenarprotokoll_22_65

⁵ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82277/22_055_plenarprotokoll_22_55

⁶ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83888/22_064_plenarprotokoll_22_64

⁷ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86540/22_078_plenarprotokoll_22_78

⁸ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84302/22_066_plenarprotokoll_22_66

⁹ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86183/22_076_plenarprotokoll_22_76

¹⁰ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83305/22_062_plenarprotokoll_22_62

¹¹ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86519/22_077_plenarprotokoll_22_77



Rassistische Hetze, völkische Ideologie und Marktradikalismus

Die AfD und die Wohnungskrise in Hamburg

Die Wohnungsfrage ist eines der zentralen sozialen Probleme unserer Zeit – gerade in Großstädten wie Hamburg. Sowohl auf Bundesebene als auch in Hamburg haben die Regierungen der letzten Jahre versagt, wenn es darum ging, dass Wohnen bezahlbar bleibt und genug Wohnraum für alle da ist.

Ursachen für der Wohnungskrise aus Sicht der AfD

Die AfD sieht die Ursachen der Wohnungsproblematik in erster Linie auf der Nachfrageseite und macht Geflüchtete dafür verantwortlich. Im Bürgerschaftswahlprogramm von 2020 wird als eine der Hauptursachen für die Wohnungskrise „Massenmigration“ genannt.¹ So gut wie alle Bürgerschaftsreden zum Thema nutzt die AfD, um Migrant*innen als Preistreiber darzustellen. Diese Argumentation ignoriert die Realität: Die Mieten steigen durch das profitgetriebene Handeln großer Immobilienunternehmen, nicht durch Zuwanderung. Migrant*innen haben auf dem Wohnungsmarkt oft ohnehin schlechtere Chancen und sind von Diskriminierung betroffen.

Neben Migration sind in den Augen der AfD auch „Landflucht“ und der Anstieg von Single-Haushalten Ursachen der Wohnungskrise.² Ersteres steht, so Valentin Domann und Corinna Hölzl, für die „anti-urbane Ideologie der Partei und knüpft damit an eine lange Tradition rechten Denkens in Deutschland an“.³ Die Problematik von Single-Haushalten verweist auf das von der Partei vertretene Ideal der traditionellen Kleinfamilie. Beide Aspekte finden sich in einigen der insgesamt sehr wenigen wohnungspolitischen Anträge der AfD-Fraktion in der laufenden Legislaturperiode wieder. So fordert die AfD, z. B. „[m]it einer aktiven Bodenpolitik [...] Grundstücke für Einfamilienhäuser zur Verfügung zu stellen.“⁴

Ablehnung von Marktregulierungen, Sozialwohnungen und klimaneutralem Bauen

Die AfD setzt auf die freie Marktentfaltung und lehnt Maßnahmen zum Schutz von Mieter*innen ab. Zum Beispiel soziale Erhaltensverordnungen: In Gebieten, in denen diese gelten, müssen Wohnungsmodernisierungen oder Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen vom Bezirk genehmigt werden. Für die AfD ist das „ein Eingriff in die persönliche Gestaltungsmöglichkeit und Freiheit des Bürgers“.⁵

Auch die Mietpreisbremse ist der Partei ein Dorn im Auge. Während Mieter*inneninitiativen an ihr kritisieren, dass sie viel zu viele Schlupflöcher enthält (z. B. möblierte oder modernisierte Wohnungen) möchte die AfD sie ganz abschaffen. Denn gedeckelte Mieten würden dazu führen, dass „einkommensstarke Mieter mehr Wohnfläche nachfragen können“.⁶ Auch den sozialen Wohnungsbau möchte die AfD in Hamburg einstampfen. Stattdessen soll für Hamburg ein „Hamburger Wohngeld“ eingeführt werden, das Geringverdiener*innen die Differenz zwischen der Miete, die sie in einer Sozialwohnung zahlen würden, und der im Mietvertrag festgelegten Miete ausgleichen soll.⁷ Subjektförderung statt Objektförderung nennt sich eine solche Politik und bedeutet in der Konsequenz nichts anderes, als dass die steigenden Profite privater Vermieter*innen mit Steuermitteln subventioniert werden.

Die AfD lehnt energieeffizientes Bauen ab und spricht sich gegen Vorgaben zur klimaneutralen Bauweise aus, da sie diese als „ideologisch getriebene Klimapolitik“⁸ einstuft. Solche Anforderungen würden Neubauten verteuern und das Angebot verringern.⁹

Förderung von Wohneigentum

Fördern möchte die AfD dagegen die Bildung von Wohneigentum und schlägt ein „Bauwohngeld“ vor, finanziert aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus.¹⁰ Auch Maßnahmen wie ein „Baukindergeld“¹¹ oder die Befreiung von der Grunderwerbsteuer¹² sollen vor allem Besserverdienende beim Erwerb von Eigentum unterstützen. Die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum mag angesichts steigender Mieten auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen – problematisch ist jedoch, dass sie sich an Haushalte richtet, die ohnehin vergleichsweise privilegiert sind.

Fazit: Die AfD verfolgt eine wirtschaftsliberale Wohnungspolitik, die durch völkische Ideologie geprägt ist. Sie lehnt Maßnahmen zum Schutz von Mieter*innen ab und nutzt die Wohnungsfrage, um Ressentiments gegen Migrant*innen zu schüren. Statt die wirklichen Ursachen der Krise – zum Beispiel Spekulationen und Profitstreben von Immobilienfirmen – anzugehen, richtet sich die Politik der Partei gegen ohnehin benachteiligte Gruppen. Der Fokus auf Wohneigentum begünstigt Besserverdienende, während die meisten Hamburger*innen weiterhin mit steigenden Mieten kämpfen müssen.

¹ AfD Bürgerschaftswahlprogramm 2020, S.14

² AfD Bürgerschaftswahlprogramm 2020, S.14

³ Vgl. dazu: Hölz, Corinna / Domann, Valentin: Deutsches Wohnen. Das wohnungspolitische Programm der Berliner AfD ist eine Mischung aus Marktradikalität, Antiurbanismus und völkischem Gedankengut. In: MieterEcho 415. S. 23. (<https://www.bmgev.de/mieter-echo/archiv/2021/>)

⁴ Drs. 22/3534

⁵ AfD Bürgerschaftswahlprogramm 2015, S. 23

⁶ AfD Bürgerschaftswahlprogramm 2015, S. 24

⁷ Einen entsprechenden Antrag stellte sie im Jahr 2019, vgl. dazu Drs. 21/18785

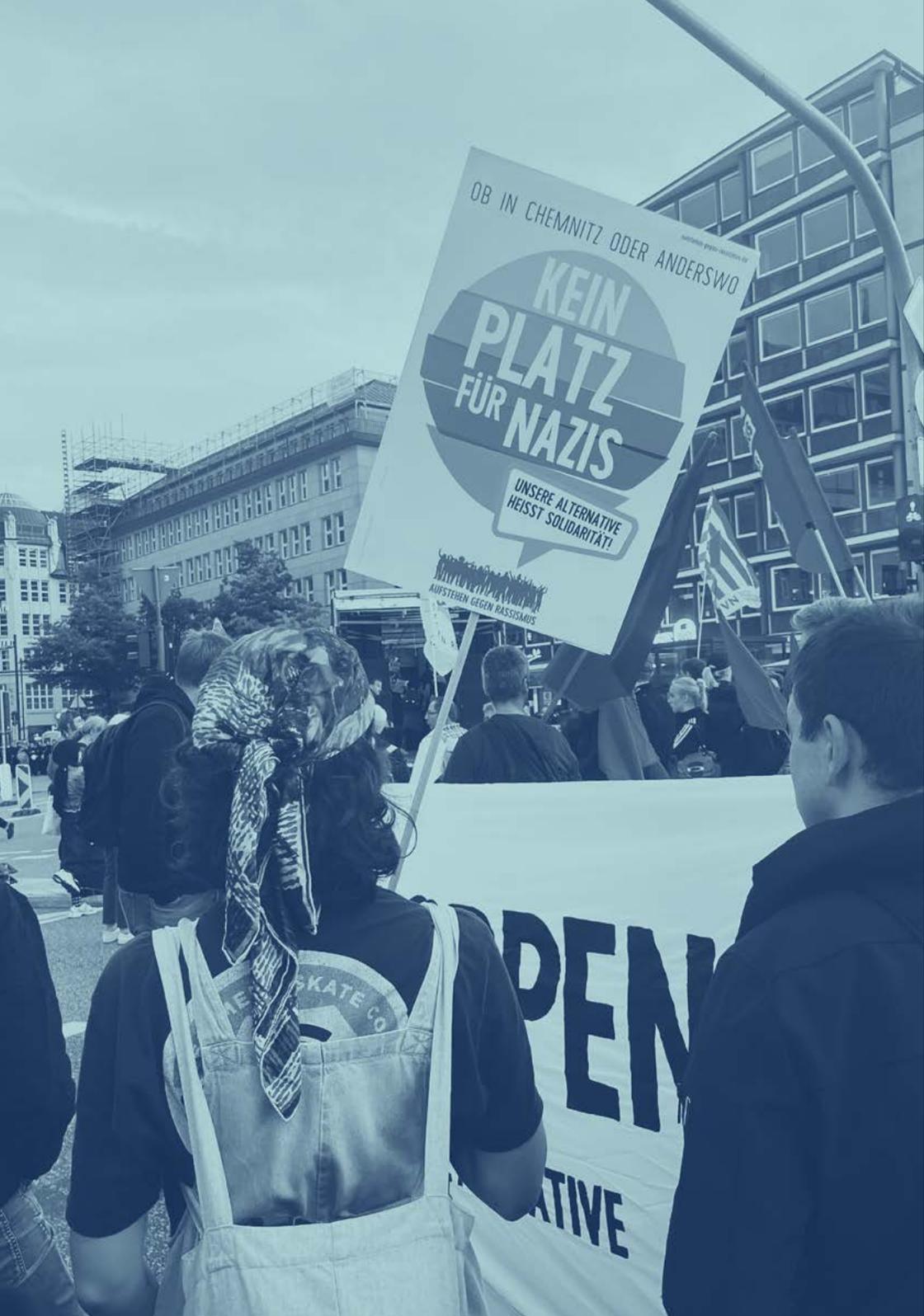
⁸ So der stadtentwicklungspolitische Sprecher Alexander Wolf in der Bürgerschaft: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/78/>

⁹ Drs. 22/12942

¹⁰ AfD Bürgerschaftswahlprogramm 2020, S.15

¹¹ Drs. 22/4484

¹² Drs. 21/633



Zwischen Klimaleugnung und völkischem Umweltschutz

Die Positionen der Hamburger AfD zu Klima und Umwelt

Gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse bestreitet die AfD den menschengemachten Klimawandel.¹ Nichts würde passieren, wenn sich die Erde um 1,5 °C erwärme. „Klimaschutz ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht schützen.“

Folgerichtig fordert die Partei in ihren Programmen sowie in ihren Anträgen auf Bundes- und Landesebene die Aufkündigung aller internationalen Abkommen zum Klimaschutz und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Häufig werden in diesen Anträgen Aussagen des ehemaligen Umweltsenators aus Hamburg, Fritz Vahrenholt (SPD), zitiert. Vahrenholt findet mediale Beachtung weil er viele wissenschaftliche Forschungsergebnisse zum Klima abstreitet. Nach Recherchen des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“ ist er als Referent bei der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung aufgetreten.

Die Hamburger Partei weicht hier nicht von den Positionen der Gesamtpartei ab. Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses Alexander Wolf (AfD) spricht gerne von „Schicki-Micki-Klimaschutz“. 2023 erklärte der Vorsitzende der Hamburger AfD, Dirk Nockemann, im Abendblatt, dass er „keinen von Menschen gemachten Klimawandel sieht“, er „früher als Schüler auch schon häufig hitzefrei hatte“, und es „auch andere Einflussfaktoren, zum Beispiel Sonnenfleckenaktivitäten“ gebe. Dieser Mann gilt dem Abendblatt übrigens als „gemäßigt“...

Fake News

Die Klimabewegung gehört zu den erfolgreichsten sozialen Bewegungen Deutschlands. Die Anti-Atomkraftbewegung oder Fridays for Future haben das Denken und Handeln von vielen Millionen Menschen beeinflusst.

Die AfD erkennt frühzeitig die Bedeutung von Klimapolitik. In einem Strategiepapier schreibt sie 2017: „Die Grünen sind der eigentliche politische Gegner ... Sie sind keine direkten Konkurrenten für die AfD, dienen aber hervorragend zur Abgrenzung vom rot-grünen Zeitgeist.“ In den sozialen Netzwerken bestimmt die AfD weitgehend den Diskurs zur Klimapolitik. Influencer*innen, die vorher Mythen über die angebliche Coronadiktatur verbreitet haben, schwören jetzt ihre Anhängerschaft auf die angebliche Klimadiktatur ein.²

Dazu werden bewusst Falschinformationen verbreitet. Jörn König (AfD) behauptet: „Bis 2030 soll in einigen Städten der Fleisch- und Milchkonsum verboten werden. Ebenso private Autos. Der Kauf von nur drei Kleidungsstücken pro Jahr soll erlaubt sein.“³ Die Klimaschutzmaßnahmen seien „nur ein Instrument, um die Macht Brüssels auszuweiten. Klimaschutz ist linksgrüner Totalitarismus.“⁴

Die Zukunft wird verspielt

Wir wissen: Die fossilen Brennstoffe und die Uranvorräte sind endlich. Um fossile Brennstoffe an die Oberfläche zu bringen, sind massive und gefährliche Eingriffe in Landschaften oder Meere nötig. Bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entsteht klimaschädliches CO₂. Atomkraft ist ebenfalls äußerst problematisch, man denke an die ungelöste Frage der Entsorgung der atomaren Abfälle.

Dennoch setzt die AfD ausschließlich auf fossile Brennstoffe und auf Atomkraft. Allein 2023 gab es drei Anträge in der Bürgerschaft zu Atomkraft. „Klimaneutralität ist nur mit Kernenergie zu erreichen“.⁵ Der Wahrheitsgehalt ist sekundär: „alle anderen europäischen Länder steigen wieder in Kernenergie ein“ – so Nockemann in der Debatte.

Die Clips aus diesen Bürgerschaftsdebatten werden eifrig gepostet. Gerne werden hier Ängste geschürt: Thomas Reich (Bürgerschaftsabgeordneter AfD): „Ohne Kernenergie ...(ist)... die innere Sicherheit in Gefahr. ... Es drohen Stromrationierungen und Blackouts“.⁶

Die Partei fordert Kohlekraftwerke. „Das Kohlekraftwerk Moorburg ist nur aus ideologischen Gründen vom Netz genommen worden“.⁷ Mehrfach wird der Hamburger Senat aufgefordert sich in Berlin für die Reparatur und „für die Öffnung von Nordstream 2“ einzusetzen.

Neben Gas und Kohle geht es auch ums Öl. Nockemann im Sommerinterview 2023 mit dem NDR: „Jeder Liter Öl, der in China oder in Indien verfeuert wird, schadet dem Klima mehr als jeder Liter Öl, der hier verfeuert wird.“ Förderung fossiler Energien heißt folgerichtig keine weiteren E-Busse beim HVV, die „grüne Mobilitätsideologie bei den Alsterdampfern“ (Nicole Jordan, AfD-Bezirksfraktionsvorsitzende Mitte) bekämpfen, keine weiteren Windräder im Hafen, Ablehnung des Hamburger Klimaschutzgesetzes.

Belastungen für kommende Generationen

Neben vielen gesundheitlichen Folgen (z. B. eine wachsende Zahl von Hitzetoten) verursacht der menschengemachte Klimawandel immense wirtschaftliche Kosten. Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung vom Mai 2023 errechnet zwischen 2000 und 2021 Wirtschaftsschäden im Umfang von 145 Milliarden durch den Klimawandel, hochgerechnet bis 2050 ergeben sich bis zu 900 Milliarden Euro. Diese Kosten bürdet die AfD kommenden Generationen auf, in-

dem sie heute alle Vorschriften für energetische Maßnahmen ablehnt.⁸ Gleichzeitig möchte sie staatliches Handeln für den Klimaschutz verhindern. Nockemann: „Wir fordern eine dauerhafte Senkung der Strom- und Energiesteuern... das Ende der Subventionierung der „Erneuerbaren“... Abschaffung der CO₂-Steuern“.⁹

Radfahrer*innen und Fußgänger*innen ins Aus – Auto first

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit bietet sich die Partei an die Autofahrer*innen an. Im Wahlprogramm für die Bezirkswahl Hamburg-Nord 2024 behauptet sie, dass (ausgerechnet) „die herrschende Politik den Autoverkehr bekämpft“ und „die Autofahrer diskriminiert“. Der Kampf fürs Auto ist in den Bezirken eines der wichtigsten Themen. Anwohnerparken, Fahrradbügel, Velorouten, Tempo-30-Zonen, Streusalz – alles Themen mit denen Wähler*innen gewonnen werden sollen. Im Wahlprogramm Bezirk Nord wird dies „dem Autoverkehr seinen Raum lassen“ genannt.

Völkischer Umweltschutz

Insbesondere, wenn es gegen Geflüchtete geht, wird die AfD plötzlich zur Umweltpartei. Der Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ hat innerhalb der extremen Rechten eine lange Tradition. Dies zieht sich durch das Europawahlprogramm und findet sich auch in Hamburg. „Weniger versiegelte Flächen – die rot-grüne Bauwut stoppen“ (Elke Zimmermann – Eimsbüttel). Mehr Kleingärten, mehr Tiererschutz, mehr Regionalisierung. So versucht die AfD Anschluss an Bürgerinitiativen zu gewinnen. Eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen in der Bürgerschaft zur Bebauung des Diekmoors und zur Bebauung in Oberbillwerder soll zeigen, dass die AfD Naturschutz unterstützt.

Das ist nicht widerspruchsfrei. So fordert die Partei in ihrem Bürgerschaftswahlprogramm einen höheren Geschossbau, lehnt das aber ab, wenn vermeintlich oder real Geflüchtete einziehen sollen (Wichmannstr. – Altona, Bebauung Beiersdorf – Gelände Eimsbüttel). Inwieweit die völkischen Positionen des offenen faschistischen Flügels zur Umweltpolitik mehr Einfluss in Hamburg gewinnen, ist noch offen.

Mittelkürzungen für zivilgesellschaftliches Engagement

Ein Beispiel für die Diffamierung der Klimabewegung durch die AfD ist die große Anfrage zur Grünen Jugend in Hamburg.¹⁰ In den vorgebrachten „Belegen“ kommen von Fridays for Future, über Ende Gelände, Die Falken bis zum Landesfrauenrat fast alle vor, die sich zivilgesellschaftlich für Klimaschutz engagieren. Die AfD fordert die Streichung von Fördermitteln für Initiativen und Einrichtungen, die sich im Bereich Umweltpolitik engagieren („Fair Trade Kampagne den Stecker ziehen“¹¹, „Fördermittel für W3 streichen“¹²). Die Forderung nach mehr Beteiligung u.a. durch Klimabeauftragte in den Bezirken hält die AfD für „überflüssig“ (AfD Eimsbüttel).

Kurz: Lösungen für die drängendsten Zukunftsfragen? Fehlanzeige bei der AfD.

-
- ¹ Deutscher Bundestag, Drucksache 20/8417
 - ² Deutschlandfunk, 14.4.23, Katharina Nocun
 - ³ Deutsche Welle, 2.9.2023
 - ⁴ Magdeburger Parteitag, Süddeutsche Zeitung, 7.8.2023
 - ⁵ Drucksache 22/13292
 - ⁶ Plenardebatte 121/2023
 - ⁷ Drs. 22/1512
 - ⁸ u.a. Drs. 22/11769
 - ⁹ Landesparteitag 5.2.2023
 - ¹⁰ 22/36
 - ¹¹ 22/985322
 - ¹² 22/1014822





Konservativ bis völkisch

Die Familienpolitik der AfD

Wenn man sich die Statements, Posts und Kommentare der AfD zur Familienpolitik anschaut, könnte man genauso wie sich die AfD selbst sieht, den Eindruck gewinnen, sie wäre die einzige Partei, die die Familien im Blick hat und sich für deren Belange einsetzt.

Auch wenn sich die AfD Hamburg in ihren Grundsatz – und Parteiprogrammen unter Familienpolitik vordergründig als moderat bzw. bürgerlich – konservativ gibt, ist sie es nicht.

Familienpolitik der AfD ist Bevölkerungspolitik

„In der Familie sorgen Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder“¹ Die Ausrichtung der Familienpolitik der AfD ist familistisch und pronatalistisch und zielt auf eine rechte Bevölkerungspolitik ab, die ausschließlich weiße deutsche Frauen und Männer einbezieht. „Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“² Die AfD verfolgt in ihrer Familien- und Gesellschaftspolitik eine stark konservative Agenda, die sich besonders gegen Errungenschaften feministischer Bewegungen richtet. Indem sie ein „positives Bild von Ehe und Elternschaft“³ vermitteln und den „Respekt vor dem Leben“⁴ fördern will, verfolgt die AfD ein Pronatalismus-Modell, das besonders darauf abzielt, Abtreibungen gesellschaftlich und rechtlich stärker zu sanktionieren. Die Forderung, die Schwangerschaftskonfliktberatung verstärkt dem „Schutz des Lebens“⁵ zu unterstellen, zielt darauf ab, das Recht auf Selbstbestimmung schwangerer Frauen einzuschränken und sie indirekt in eine Richtung zu lenken, die die Austragung der Schwangerschaft bevorzugt.

Ein besonders drastisches Beispiel für die Ablehnung feministischer Forderungen zeigt sich in den Aussagen von Beatrix von Storch, die feministische Initiativen zur Abschaffung des § 218 StGB – also des Paragraphen, der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland regelt – durch den Verfassungsschutz überwachen lassen möchte. Sie fordert das „Bundesamt für Verfassungsschutz auf, solche Organisationen zu beobachten, die der Abschaffung des § 218 das Wort reden.“⁶ Diese Forderung impliziert eine Gleichsetzung feministischer Organisationen mit verfassungswidrigen oder zumindest staatsgefährdenden Bewegungen und zeigt die entschiedene Abneigung gegen feministische Bestrebungen, das Abtreibungsrecht zu liberalisieren.

Indem die AfD das Recht auf Abtreibung als „familienzersetzend“⁷ und als Bedrohung für die demografische Stabilität darstellt, wird deutlich, dass die Partei nicht nur eine konservative Familienpolitik verfolgt, sondern auch in die Körperautonomie und Entscheidungsfreiheit von Frauen eingreifen möchte. Feministische Forderungen nach einer Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung und die Stärkung der reproduktiven Rechte werden von der AfD somit nicht als legitime gesellschaftliche Anliegen anerkannt, sondern als etwas Bedrohliches und potenziell „verfassungswidriges“ abgewertet.

Die AfD verfolgt in ihrer Familienpolitik eine Bevölkerungspolitik mit einer eindeutig familistischen und pronatalistischen Ausrichtung, was sich in der Forderung nach einer „geburtenerhaltenden Familienpolitik“⁸ widerspiegelt. Dabei wird die Notwendigkeit betont, die Geburtenrate zu steigern, um einer angeblich drohenden „demografischen Katastrophe“⁹ entgegenzuwirken. Diese Sichtweise basiert auf der Überzeugung, dass bestimmte politische Strömungen, insbesondere ein als „vermeintlich“ bezeichneter Feminismus und eine liberale Haltung zur Abtreibung, die traditionelle Familie schwächen und somit zur niedrigen Geburtenrate beitragen.

Den deutschen Frauen sollen Anreize geboten werden, um mehr Kinder zu bekommen. „Werdenden Eltern und alleinstehenden Frauen in Not müssen finanzielle und andere Hilfen vor und nach der Entbindung angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind entscheiden können.“¹⁰ „Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.“¹¹

Familismus in der AfD

Die Familie der AfD besteht aus Mutter, Vater und Kindern. In ihrem familistischen System werden alle Menschen ausgeschlossen, die nicht zu einer Familie gehören. Der Begriff Familismus beschreibt eine konservative Ideologie, die traditionelle Geschlechterrollen innerhalb der Familie betont und diese Rollenaufteilung als „natürlich“ oder ideal darstellt.¹²

Im Gegensatz zu einem bloßen Fokus auf die Familie, der die Bedürfnisse und Freiheiten aller Familienmitglieder anerkennen könnte, wird im Familismus eine klare Hierarchie und eine komplementäre Rollenverteilung propagiert. In diesem Modell übernimmt der Vater traditionell die Rolle des „Hauptnährers“, während die Mutter auf die häusliche Sphäre und die Betreuung und Pflege von Angehörigen beschränkt bleibt. Dies schließt nicht nur die Kindererziehung, sondern auch die Pflege älterer oder hilfsbedürftiger Familienmitglieder ein. „Die AfD steht für eine Rückkehr zu den traditionellen Werten der Familie, in der die Familie auch im Sinne der Subsidiarität die erste solidarische Stütze der Gesellschaft ist, in der sich die Familienmitglieder untereinander Rückhalt in der Not geben, tatkräftig helfen

und nicht zwingend auf Sozialleistungen des Staates verweisen müssen.“^{13 14}

„Familismus führt zu Diskriminierung und Ausschlüssen einerseits und zu einer Anschlussfähigkeit gesellschaftlicher Vorstellungen an ein extrem rechtes Familienbild andererseits.“¹⁵ aber auch zu einem Anschluss an die bürgerlich-konservativ und christliche sogenannte Mitte.

Es steht im Widerspruch zu Ansätzen, die eine Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Geschlechter anstreben. Jede emanzipatorische Bestrebung in Bezug auf Geschlechter und Familie werden diskriminiert und bekämpft. „Diese Entwicklung wird die AfD stoppen und rückgängig machen, sodass sich die Familie als Institution wieder in der Lage befindet, diesen Werten zu entsprechen und ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.“¹⁶

Entsprechend ihrem familistischen Weltbild und dem geschlossenen Familiensystem spricht sich die AfD gegen die Einführung von Kinderrechten aus. „Kinder brauchen keinen starken Staat, sie brauchen starke Eltern. Die Rechte von Kindern gehören in die Hände der Eltern, nicht in die Hände des Staates.“¹⁷

Die Familienpolitik der AfD schließt vor allem Kinder aus, die nicht in „deutsche“ Familien geboren sind. Dies zeigt sich auch an der Ablehnung von Familiennachzug¹⁸ für Geflüchtete und der Forderung nach dem Abstammungsprinzip¹⁹, wodurch die Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zu Deutschland über die Herkunft geregelt werden soll.

Wahlfreiheit, die keine ist

„Wir werden eine tatsächliche Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung ohne eine Diskriminierung der elterlichen Betreuung gewährleisten.“²⁰

Die häusliche Kinderbetreuung gehört zu dem Konzept des Familismus, das zum einen die Familie als geschlossenes System und zum anderen die Ideologie der Mütterlichkeit und die angeblichen Bedürfnisse der Kinder instrumentalisieren. Die frühkindliche Betreuung wird häufig als negativ bewertet. Aus der kleinen Anfrage der AfD Bundestagsfraktion: „Eine der Gefahren für die Kinder, so die Studie, besteht darin, dass die Krippenbetreuung, wenn sie zu früh, zu oft und zu lange in Anspruch genommen wird, die mütterliche Empfindsamkeit schwächen kann – oder gar verhindert, dass sie sich überhaupt entwickelt. Letzteres passierte vor allem bei den Müttern, bei denen die Bindung zu ihrem Kind schon vorher schwach gewesen war.“²¹ Die Studie, auf die sich die AfD in ihrer Argumentation bezieht ist von 1991. Die „Wahlfreiheit“ zementiert nur das hierarchische Familienmodell, argumentiert biologistisch und wirkt emanzipatorischen Bestrebungen entgegen. Sie fördert die ökonomische Abhängigkeit der Frauen und verhindert ein Erleben von Vielfalt bei den Kindern. „Dabei sind die nicht auf den Einkommenserwerb gerichteten Tätigkeiten einer Familie wie Kindererziehung, Pflege von Familien-

angehörigen, Hausarbeit, Engagement in Schule, Vereinen und Nachbarschaft, wie sie durch den „nicht arbeitenden“ Elternteil einer Familie – traditionell der „Hausfrau“ – wahrgenommen werden, von unschätzbarem gesellschaftlichen Wert!“²²

Fazit: Im Kern legt die AfD den Fokus auf den Erhalt einer kulturell und „ethnisch homogenen“²³ Gesellschaft, was sich in der Forderung nach dem „Fortbestand unseres Volkes“ äußert. Damit zielt die Partei nicht auf eine generelle Förderung von Kindern und Familien, sondern auf die Förderung bestimmter Familienstrukturen.

„Liegt es vielleicht daran, daß ein Viktor Orbán sein ungarisches Volk verteidigt, ebenso die Ehe zwischen Mann und Frau, und die kinderreiche Familie zum Grundstein und zum Fundament von Volk und Nation erklärt?“²⁴

Zusammengefasst versteht die AfD Familienpolitik nicht als umfassende Unterstützung für alle Familien, sondern als Teil einer sehr konservativen bis völkischen Bevölkerungspolitik, die sich um den Fortbestand einer „ethnisch homogenen Gesellschaft“²⁵ sorgt.

¹ AfD Hamburg, Bürgerschaftswahlprogramm 2020 S. 35

² Grundsatzprogramm S. 41

³ „Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie besteht aus Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück. Dieses Werte- und Bezugssystem wird von Generation zu Generation weitergegeben.“ Grundsatzprogramm S. 104

⁴ „Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt.“ Grundsatzprogramm S. 44

⁵ „Wir fordern daher, dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens ist.“ Grundsatzprogramm S. 44

⁶ Dt. Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 83. Sitzung, S. 9743

⁷ AfD Bundestagswahlprogramm 2021, S.104

⁸ AfD Bundestagswahlprogramm 2021, S.104

⁹ AfD Bundestagswahlprogramm 2021 S. 104

¹⁰ Grundsatzprogramm, S. 44

¹¹ Grundsatzprogramm, S. 44

¹² AfD Hamburg, „Die AfD Hamburg lehnt die derzeit praktizierte Form des „Gender Mainstreaming“ ab. Gender Mainstreaming marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt die natürliche geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen.“

¹³ AfD Hamburg, Bürgerschaftswahlprogramm 2020 S. 35

¹⁴ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/84237/ungeborene_kinder_schuetzen_frauen_und_paare_in_ihrer_elternschaft_unterstuetzen.pdf
Drucksache 22/12328

¹⁵ (R)echte Männer und Frauen, Analysen zu Geschlecht und Rechtsextremismus, Amadeo Antonio Stiftung (2014), S. 24

¹⁶ AfD Hamburg, Bürgerschaftswahlprogramm 2020 S. 35

¹⁷ Pressemitteilung AfD Bundestagsfraktion Reichelt Staatlichen Zugriff auf unsere Kinder stoppen- eine Kinderrrechte ins Grundgesetz 12. Januar 2021

¹⁸ Die AfD fordert, die schrankenlosen Möglichkeiten des Familiennachzugs für anerkannte Asylbewerber zu beenden, weil dies sonst einen direkten und dauerhaften Nachzug in das soziale Netz ermöglicht. Grundsatzprogramm S. 63

¹⁹ Grundsatzprogramm S. 36

²⁰ AfD Hamburg, Bürgerschaftswahlprogramm 2020 S. 35

²¹ Dt. Bundestag, Drs. 19/2239

²² AfD Hamburg, Bürgerschaftswahlprogramm 2020 S. 34

²³ Vgl. Grundsatzprogramm S. 42

²⁴ Sein Kampf Björn Höckes nazistische Grundsatzrede vom 3. Oktober 2022 in Gera, T. Willms S. 21

²⁵ Vgl. Grundsatzprogramm S. 42



Burschenschafter, Hooligans und Ex-NPD

Die Hamburger AfD und die extreme Rechte

Schon seit der Gründung der AfD 2013 wurde bundesweit berichtet, dass die neue Partei Schnittmengen bezüglich der Wähler*innen, der Mitglieder und der Ideologie mit der extremen Rechten aufweisen könne. Das Handelsblatt titelte damals „AfD-Chef will NPD-Wähler gewinnen.“ „Ehemalige Mitglieder von NPD oder DVU lehnen wir generell als Mitglieder ab“, wurde der damalige Bundessprecher Bernd Lucke zitiert. Bei Ex-Republikanern würde jeder „Einzelfall“ in einem „persönlichen Gespräch“ geprüft. Dass die Partei weit rechts stehende Aktivist*innen anziehen würde, wie braune Scheiße die Fliegen, galt auch schon im Gründungsjahr für den Hamburger Landesverband. Der ehemalige FDP-Politiker Jürgen Greinert trat, trotz Listenplatz 5 zur Bundestagswahl, 2013 wieder aus der AfD aus: „Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden.“ Der Gründer des Landesverbandes Hamburg, Jens Eckleben und andere würden „von der Parteiführung ungehindert islamkritische und meines Erachtens am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen.“

Der Verfassungsschutz – eine unsichere Quelle

Bevor wir die weiteren personellen und organisatorischen Bezüge der AfD zur extremen Rechten analysieren, müssen wir jedoch kurz auf die behördliche Sichtweise des Verfassungsschutzes (VS) eingehen. Der VS bedient sich eines normativen Ansatzes, der wesentlich enger gefasst ist, als unterschiedliche Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus in der Wissenschaft. Trotzdem ist in den Medien und in der Politik meistens der normative Ansatz gemeint, wenn von Rechtsextremismus die Rede ist. Wir sprechen lieber von der extremen Rechten, denn es gibt rechts des etablierten Konservatismus viele Organisationen, die ebenfalls Ideologeme der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) vertreten, allerdings nicht als „gesichert rechtsextremistische Beobachtungsobjekte“ der Geheimdienste eingestuft werden. Der verstorbene Faschismusforscher Prof. Reinhard Kühnl führte diese nicht nur semantische Unterscheidung schon 1993 in den Diskurs ein. „Ich spreche von der ‚extremen Rechten‘, weil damit ausgedrückt wird, dass es sich um eine extreme Form der Rechten handelt, dass also gemäßigte und extreme Rechte Wesentliches gemeinsam haben. Missverständlich scheint mir der Begriff des ‚Rechtsextremismus‘, weil er nahelegt, dass es sich

um eine Form von Extremismus handelt, die es eben in zwei verwandten Varianten gibt, einer rechten und einer linken. Unversehens kann man damit auf dem Boden der Totalitarismustheorie landen.“ Doch die aus dem Kalten Krieg stammende Totalitarismustheorie gilt inzwischen in der Wissenschaft als überholt, zu unterschiedlich sind die Geschichte, die Ideologie und die Ziele von Sozialismus und Faschismus. Will man jetzt auch noch den islamischen Fundamentalismus, die Reichsbürger-, und die Verschwörungsideologie der Corona-Leugner*innen mit dem Begriff Extremismus analysieren, wird deutlich, wie untauglich dieser sowohl in der wissenschaftlichen wie auch der politischen und medialen Auseinandersetzung bleiben muss. Wenn wir im Folgenden von Rechtsextremist*innen schreiben, so nur, wenn diese auch Mitglied in einer vom VS so eingestuften Organisation waren. Ansonsten benutzen wird den Oberbegriff „extreme Rechte“. Neonazistisch sind Personen oder Organisationen, welche sich in direkte Tradition des NS-Regimes begeben, neofaschistisch wenn sich diese auf andere Strömungen des europäischen Faschismus beziehen.

Abgesehen von der stark eingeschränkten, normativen Sicht des VS ergeben sich jedoch auch weitere Probleme bei tiefergehenden geheimdienstlichen Analysen, denn der VS arbeitet, wie sein Name sagt, im Geheimen und liefert nur ungerne Quellenbelege für seine Einschätzungen. Die AfD wird auf Bundesebene seit 2021 als „Verdachtsfall“ auf rechtsextremistische Bestrebungen eingestuft, der zweithöchsten Stufe, zwischen Prüffall und Beobachtungsfall. Für die meisten Landesverbände gilt auch der Verdachtsfall, in einigen ostdeutschen Bundesländern gilt die AfD inzwischen als „gesichert rechtsextremistisch“. In Hamburg will der Geheimdienst jedoch gar keine Auskunft geben, auch nicht, ob die Partei Verdachtsfall ist und damit auch mittels geheimdienstlicher Methoden überwacht werden darf. Der VS könnte darüber Auskunft geben, wenn er wollte, ist dazu allerdings nicht gesetzlich verpflichtet. Gleiches gilt für die Junge Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD. Sie gilt in allen ostdeutschen Ländern als gesichert rechtsextremistisch, viele westdeutsche Länder erklären sie zum „Verdachtsfall“, ebenso das Bundesamt für Verfassungsschutz den Bundesverband JA, nur in Hamburg erklärt man gar nichts und schweigt.¹

Viele Wissenschaftler*innen und Journalist*innen ordnen die AfD bei der Strömung der sog. „Neuen Rechten“ ein. Der Hamburger Geheimdienst hatte jedoch 2010 die Neue Rechte als eigenständige Kategorie bei der Berichterstattung im Bereich „Rechtsextremismus“ abgeschafft, einen Aufklärungsartikel von der haus-eigenen Homepage gelöscht und behauptet diese Strömung hätte keine Bedeutung mehr. Trotzdem fand der Begriff seit 2010 nicht nur als Eigenbezeichnung (z. B. vom Institut für Staatspolitik, IfS) Verwendung, sondern wurde in der sozialwissenschaftlichen Forschung, der Politik und in den Medien rege genutzt. Schon 2010 ff. hatten Bewegungen, die der Neuen Rechten zugerechnet werden,

Bedeutung in Hamburg wie z. B. Burschenschaften und andere Korporationen oder die Identitäre Bewegung. Erst ab 2016 arbeitete der VS Hamburg wieder mit diesem analytischen Begriff.²

Über viele Gruppen und Organisationen der extremen Rechten berichtet der Hamburger VS also nicht gegenüber der Öffentlichkeit. Nachfragen zu konkreten Personen, selbst exponierten Akteuren, bleiben ebenso meistens mit Berufung auf ein angeblich zu wahrendes Staatswohl unbeantwortet. Dabei hat der Geheimdienst durchaus auch prominente Einzelpersonen auf dem Kieker. 2019 wurde ein vertrauliches „Gutachten zu den tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ und ihren Teilorganisationen“ des BfV durchgestochen in dem auch Personen mit Hamburg-Bezug namentlich mit Einschätzungen aufgeführt werden: Der Bundestagsabgeordnete Jörg Schneider, der Bürgerschafts-abgeordnete Alexander Wolf, der Pressesprecher Robert Offermann und der Fraktions-mitarbeiter Torsten Uhrhammer. Die Informationen zu den vier Personen wurden allerdings, bis auf die zu Wolf, sämtlich vom HBGR recherchiert, an die Medien gegeben und dann wiederum vom BfV aufgegriffen.³

Die Geheimniskrämerei geht so weit, dass der Hamburger Verfassungsschutz lieber vor dem Verwaltungsgericht Hamburg einen Prozess gegen die AfD verliert, als seine Quellen offenzulegen.⁴ Die Schlapphüte hatten 2021 der „gesichert rechtsextremistischen“ Teilorganisation „Der Flügel“ in Hamburg 40 Personen in ihrem jährlichen Verfassungsschutzbericht zugerechnet. Ob dieses den Tatsachen entspricht, konnte das Gericht im Hauptsacheverfahren 2024 nicht prüfen, da der Geheimdienst im Wesentlichen nur geschwärzte Quellen vorlegte. Laut Urteil behauptete der VS zwar, dass seine Einschätzungen zum Flügel zum größten Teil aus öffentlichen Quellen stammen, hauptsächlich Social Media, welche dies sind, wollte er jedoch dem Gericht nicht erläutern. Folglich darf die Innenbehörde nun keine Angaben zur Größe des „rechtsextremistischen“ Personenpotentials beim Flügel machen. Der entsprechende Bericht musste gelöscht werden.⁵ AfD-Watch Hamburg hat zwar auch nur öffentliche Social-Media-Quellen für seinen Beitrag über den Flügel benutzt, kommt auf eine ähnliche Personenzahl und nennt sogar viele Namen und Funktionen bei der AfD, einen Gerichtsprozess haben wir deswegen allerdings nicht verloren.⁶

Die Gründungsjahre – mit ehemaligem NPD-Spitzenkandidat

Der von Bernd Lucke eingesetzte Gründungsbeauftragte für den Hamburger Landesverband der AfD, Jens Eckleben, hatte nicht nur rassistische Einstellungen, sondern auch einen Vorlauf in der islamfeindlichen und rechtspopulistischen Kleinstpartei „Die Freiheit“. Da diese wegen zunehmender Radikalisierung als parteipolitisches Projekt verbrannt war, traten viele Mitglieder bundesweit mit

Gründung der AfD bei. Als diese rechte Unterwanderung öffentlich wurde, verhängte Lucke einen Aufnahmestopp. Die schon eingetretenen Ex-Freiheitler*innen durften jedoch bleiben und Eckleben sorgte in den Anfangsjahren kontinuierlich für extrem rechte Propaganda in Hamburg. Ein weiteres Ex-Vorstandsmitglied der Freiheit und ebenfalls Gründungsmitglied der AfD sollte dann als „AfD-Hooligan“ in die Schlagzeilen kommen. Claus D. hatte zusammen mit dem AfD-Gründungsmitglied Tatjana F. 2014 an einem gewalttätigen, rechten Hooligan-Aufmarsch in Köln teilgenommen und dies nachträglich gerechtfertigt.

Am rechten Rand wollte 2013 auch schon Kay Gottschalk fischen, damals noch Hamburger Funktionär, inzwischen Bundestagsabgeordneter, als er bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. (SWG) zum Thema „Was ist die Alternative für Deutschland?“ sprechen sollte. Als dies öffentlich wurde, sagte er ab. Die SWG wurde noch von ehemaligen Altnazis gegründet und betreibt seit 1962 Bildungsarbeit für die extreme Rechte.

Auch AfD-Chef Dirk Nockemann hatte bei der Gründung des Landesverbandes schon einen rechten Vorlauf. Nachdem der ehemalige Innensenator der Schillpartei aus der Bürgerschaft flog, versuchte er sich mit mehreren rechten Kleinstparteien. So tauchte er z. B. schon 2010 bei einer Veranstaltung der rechtsextremistischen Partei „Pro Deutschland“ auf, die plante in Hamburg zu kandidieren.⁷

Langjähriger Begleiter von Dirk Nockemann war Björn J. Neumann. 2004 als Kandidat der Schillpartei und 2008 für Nockemanns damalige „Deutsche Zentrums-partei“. 2011 trat Neumann dann jedoch als Spitzenkandidat der NPD in Hamburg an und 2013 griff er einen Journalisten beim Besuch einer neonazistischen Burschenschaft an, die eine blutige Säbelmensur durchführte. All das dürfte AfD-Funktionär Nockemann bekannt gewesen sein, als Neumann bei der AfD tätig wurde. Da die AfD eigentlich einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit ehemaligen NPD-Leuten hat, hätte Neumann gar nicht Mitglied werden dürfen. Er konnte jedoch, trotz vorhergehender Warnungen, sogar 2017 noch für den Bundesvorstand der AfD kandidieren.⁸

Am bekanntesten ist jedoch der Vorlauf des zweiten Mannes der Hamburger AfD, Alexander Wolf. Er hat eine jahrzehntelange Sozialisation in der völkischen „Burschenschaft Danubia“ erfahren, deren aktive Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet werden. 2017 kam dann heraus, dass er dort schon 1994 ein Buch mit Naziliedern unter dem Titel „Der Schlachtruf“ herausgegeben hatte. Wolf war früher außerdem Mitglied der extrem rechten Republikaner und Mitbegründer der Studierendenorganisation „Republikanischer Hochschulverein.“⁹

Lauter Einzelfälle?

2015 kandidierte mit Karina W. eine Reichsbürgerin für die Hamburger AfD zur

Bürgerschaftswahl. Sie war Mitglied in einer geheimen Facebookgruppe namens „Königreich Vereintes Deutschland“. In der Selbstbeschreibung der Gruppe hieß es unter dem Titel Proklamation: „Der Staat, Deutsches Reich, wurde von den Alliierten Besatzungsmächten durch die Verhaftung der letzten Regierung am 23.05.1945 (der Verhaftung von Hitler-Nachfolger Admiral Karl Dönitz – unsere Anmerkung) lediglich handlungsunfähig gestellt... Wann immer der Begriff ‚Deutschland‘ in völkerrechtlichen Zusammenhängen verwendet wird, ist das Gebiet des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 gemeint.“¹⁰

Während W. nicht Abgeordnete wurde, schaffte es der Arzt Ludwig Flocken in die Bürgerschaft und fiel dort durch gehäufte rassistische Ausfälle auf. Flocken wurde wie Wolf durch Personenstimmen gewählt und hätte es über Listenstimmen nicht ins Parlament geschafft. Beide, Flocken und Wolf, waren schon vor der Wahl durch ihre besonders rechten Aussagen bekannt geworden und dafür von den AfD-Wähler*innen belohnt worden. Dies zeigte schon 2015, dass die AfD bzw. exponierte Politiker*innen nicht trotz, sondern gerade wegen ihres Rassismus gewählt werden. Als Flockens Ausfälle in der Bürgerschaft zu beleidigend wurden, er mehrfach von Sitzungen ausgeschlossen wurde und er außerdem an von der NPD organisierten Aufmärschen in Mecklenburg-Vorpommern als Redner teilnahm, musste Flocken die Fraktion 2016 verlassen, durfte jedoch bis 2020 in der Partei bleiben.¹¹

Auch unter den Mitarbeitern der Fraktion fanden sich immer wieder Personen, die einen Vorlauf in der extremen Rechten hatten. In der ersten Legislaturperiode waren dies die Mitarbeiter Thorsten Uhrhammer (Ex-DVU) und Justus Burgdorf, der aus der schlagenden Verbindung „Landsmannschaft Mecklenburgia Rostock“ kommt. Die beiden Männer organisierten 2009 eine Reihe rechtsintellektueller Bildungsveranstaltungen, deren Vortagsliste sich wie ein Who's who der Neuen Rechten liest.¹²

Aus der schlagenden Burschenschaft „Germania Marburg“ kommt der Pressesprecher der Hamburger AfD, Robert Offermann. Er schrieb seine Diplomarbeit über die faschistischen Vordenker der sog. „Konservativen Revolution“ in der Weimarer Republik und bewarb auf seinem Twitter-Profil ein Buch des Rechtsterroristen Dominique Venner. 2009 nahm Offermann an dem bis dato größten Nazi-Aufmarsch seit 1945 in Dresden teil. Veranstalter war die rechtsextremistische, NPD-nahe „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO). Gehackte E-Mails legen nahe, dass Offermann 2012 Mitglied der JLO war. Eidesstattlich dementieren wollte er dies gegenüber dem Hamburger Abendblatt lieber nicht. Und die Fraktionsspitze schwieg dazu, obwohl die AfD einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der JLO hat.¹³

Auch außerhalb Hamburgs machen AfDler Karriere, die einer rechtsextremistischen Organisationen aus Hamburg angehören. Die „Hamburger Burschenschaft

Germania“ ist seit 2013 Beobachtungsobjekt des VS Hamburg. Ihr gehör(t)en mehrere Alte Herren (AH) an, die inzwischen für die AfD außerhalb von Hamburg in Parlamenten oder Parteifunktionen sitzen. In Freiburg ist dies z. B. der AH Detlef Huber, der als Stadtrat für die AfD tätig ist. Am weitesten brachte es jedoch der AH der Germania Jörg Schneider. Er wurde 2017 als erster Abgeordneter einer rechtsextremistischen Organisation seit 60 Jahren in den Bundestag gewählt. Für die AfD im Bundestag arbeitet auch Schneiders Germanen-Bruder Mario Walther Brockmann, er ist Grundsatzreferent von AfD-Chefin Alice Weidel.¹⁴

Der Germania-Kontext ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil die Burschenschaft seit über 100 Jahren völkische Inhalte vertritt und in ihrem Haus seit Jahrzehnten Schulungs-Veranstaltungen stattfinden. Sogar Wehrsportübungen an denen Mitglieder der Identitären Bewegung (IB) teilnahmen fanden im Germanenhaus statt. Trainer war der ehemalige Personenschützer von Ronald Schill Thomas Gardlo, Kontakte der IB bestanden in Hamburg damals vor allem zur Jungen Alternative.

Auch bei der zweiten Organisation, neben der Germania, welche für völkische und geschichtsrevisionistische Bildung in Hamburg zuständig ist, ist die AfD mit dabei. Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (s.o.) wird seit 2023 vom VS beobachtet.¹⁵ Der Hamburger Regionalverantwortliche ist seit 2018 Miguel Venegas, der in Harburg stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes der AfD ist. Schon im Juni 2016 besuchte Venegas eine SWG-Veranstaltung gemeinsam mit dem damaligen NPD-Landesvorsitzenden Thomas „Steiner“ Wulff und lauschte einem Vortrag des Geschichtsrevisionisten Dr. Stefan Scheil. Für den 11.12.2024 lud Venegas seinen Parteifreund Andreas Ehlers zum Vortrag bei der SWG über „Neue Ethik“ ein. Ehlers sitzt als Abgeordneter der AfD in der Bezirksversammlung Harburg.

Aufmärsche von AfD, Hooligans, NPD und Identitären

Aufgrund des starken antifaschistischen Protestes wagt die Hamburger AfD schon seit Jahren keine eigenen Aufmärsche in der Stadt zu veranstalten. Als ein Personenkreis um den Wehrsporttrainer Thomas Gardlo, der selbst einen Vorlauf im Umfeld der verbotenen FAP hat, 2018 begann Kundgebungen unter dem Titel „Merkel muss weg“ (MMW) durchzuführen, war die AfD jedoch schnell mit dabei. Der Hamburger Landesverband rief zu den Versammlungen auf, einfache Mitglieder, aber auch Funktionäre der Partei beteiligten sich an diesen und übernahmen teilweise logistische Aufgaben und die Fraktion begleitete durch verharmlosende Anfragen und entsprechende Propaganda die rechten Versammlungen.¹⁶ Gegenüber der Öffentlichkeit war die Fraktion jedoch bemüht, Distanz zu halten, denn die Kundgebungen wurden schon sehr früh auch vom VS beobachtet. Als jedoch 2021 ein Foto aus 2018 vom NDR-Info veröffentlicht wurde, dass den Hamburger

AfD-Chef Nockemann in trauter, gut gelaunter Runde mit Thomas Gardlo und weiteren Mitgliedern des Organisationsteams von MMW zeigte, wurde deutlich, dass es auch in Hamburg eine enge Kooperation zwischen der AfD und militanten Neonazis gibt – ähnlich wie bei PEGIDA in Ostdeutschland.¹⁷

Der Fraktionsmitarbeiter Benjamin Mennerich nahm ebenfalls an den MMW-Aufmärschen teil und wurde von eigenen Parteifreunden in schriftlichen Stellungnahmen der Relativierung des Holocausts bezichtigt. Die AfD nimmt ihn jedoch weiterhin in Schutz. Zur Bürgerschaftswahl 2025 kandidiert Mennerich auf Platz sieben. Zieht also demnächst ein Holocaustrelativierer in Hamburgs Bürgerschaft ein?¹⁸

Mitarbeiter der Fraktion ist auch Michael Schumann, der 2024 für die Wahl zum Europaparlament kandidierte. Er hielt beim Bundesparteitag der AfD 2023 eine rassistische Bewerbungsrede, in der er die gewaltsame Deportation von Menschen mit Migrationsgeschichte forderte und den von der Identitären Bewegung bekannten völkischen Mythos eines angeblichen „Großen Austausches“ der bio-deutschen Bevölkerung bediente. 2024 wurde dann von AfD-Watch Hamburg veröffentlicht, dass Schumann früher an Aktionen der Identitären Bewegung teilnahm.¹⁹ Schumann kandidiert auf Platz 12 zur Bürgerschaftswahl 2025. Sowohl Schumann, als auch Justus Burgdorf sind Mitglieder der schlagenden Verbindung „Landmannschaft Mecklenburgia Rostock.“

Wie geht die AfD mit extremen Rechten in den eigenen Reihen um?

Offiziell hat die AfD immer noch einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit ehemaligen Mitgliedern von Organisationen, die vom Bundesamt oder den Landesämtern für Verfassungsschutz (BfV und LfV) als „extremistisches“ Beobachtungsobjekt eingestuft werden oder, sollten sie inzwischen aufgelöst worden sein, wurden. Diese Liste wird laufend aktualisiert und bezieht sich im Wesentlichen auf die Organisationen, welche in den Registern der Jahresberichte des BfV und der LfVs aufgeführt wurden oder werden.²⁰ Allerdings macht die AfD einige bedeutende Ausnahmen: Die vor der AfD bisher erfolgreichste Partei der extremen Rechten, „Die Republikaner“, werden z. B. nicht aufgeführt, obwohl sie von 1992 bis 2006 vom BfV beobachtet wurde. Auch Burschenschaften die von einzelnen LfV beobachtet werden, finden sich nicht in der Liste, so z. B. die Hamburger Burschenschaft Germania. Dann gibt es Fälle, wie die Identitäre Bewegung, die zwar gelistet wird, deren Unvereinbarkeit aber oftmals übergangen wird. So arbeiten einige ehemalige Aktivisten der IB sogar im Bundestag für die AfD-Fraktion.²¹

Wenn Mitglieder oder gar Funktionäre mit eindeutiger brauner Vergangenheit erstmal aufgenommen wurden, dann werden diese meistens weiter geduldet. Parteiausschlussverfahren finden nur statt, wenn der öffentliche Druck sehr hoch wird, werden verschleppt und dauern mehrere Jahre. Dies zeigt auch der Hamburger

Fall Björn J. Neumann, der 2011 Spitzenkandidat der NPD in Hamburg war, 2014 ohne Probleme in der AfD tätig war, im gleichen Jahr deswegen in der Öffentlichkeit stand, aber erst 2018 ausgeschlossen wurde. Zuständig für Parteiausschlüsse sind wie in allen Parteien die Parteischiedsgerichte. Und da wurde in Hamburg 2020 just die Rechtsanwältin Ulrike K. als stellvertretende Richterin hineingewählt. Ulrike K. war früher jedoch nicht nur in einer rechtsextremistischen Organisation aktiv, sondern sogar in einer, die vom Innenministerium verboten wurde. Der Hamburger AfD war diese ehemalige Mitgliedschaft in der „Wiking-Jugend“ vor der Wahl von K. bekannt.²²

¹ Bürgerschaftsdrucksache 22/13793

² Bürgerschaftsdrucksache 21/8060

³ <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>

⁴ <https://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article406457659/hamburger-afd-erringt-erfolg-gegen-den-verfassungsschutz.html>

⁵ <https://justiz.hamburg.de/resource/blob/936080/a4ff624a51e852867e1c548b139887bb/17-k-2903-21-urteil-vom-29-05-2024-data.pdf>

⁶ <https://afd-watch-hamburg.org/netzwerk/der-fluegel/>

⁷ <https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/dirk-nockemann/>

⁸ <http://www.hbgr.org/6756-ehemaliger-ncp-spitzenkandidat-ist-seit-vier-jahren-mitglied-der-hamburger-afd>

⁹ <https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/alexander-wolf/>

¹⁰ <http://www.hbgr.org/aktuelle-meldungen/5772-die-afd-kandidatin-und-das-deutsche-reich-in-den-grenzen-von-1937>

¹¹ <http://www.hbgr.org/6524-rassist-ludwig-flocken-weiterhin-in-afd-gut-integriert>

¹² <https://www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2016-11/afd-hamburg-landtag-fraktion-rechtsextremismus>

¹³ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article403937333/extremisten-in-der-afd-geheime-mail-wirft-fragen-auf.html>

¹⁴ <http://www.hbgr.org/7419-rechtsextreme-im-bundestag-der-hamburger-kontext>

¹⁵ <https://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article239672287/Rechtsextreme-SWG-in-Hamburg-Schluss-mit-Steuvorteilen.html>

¹⁶ <https://afd-watch-hamburg.org/netzwerk/extrem-rechte-aufmaersche/>

¹⁷ <http://www.hbgr.org/7331-afd-chef-nockemann-und-die-braunen-strassenkaempfer>

¹⁸ <https://taz.de/Interner-AfD-Streit-ueber-Antisemitismus!/5749268/>

¹⁹ <https://tinyurl.com/mrye22vk>

²⁰ https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/11/Unvereinbarkeitsliste-Mitgliedschaft-AfD-2024_10_28.pdf

²¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html>

²² <https://www.hbgr.org/7243-afd-schiedsrichterin-mit-brauner-vergangenheit>





Alle zusammen gegen den Faschismus

Antifaschistisch handeln

Es reicht längst nicht mehr aus, Nazis beim Namen zu nennen. Um wirksam neo-nazistischen Strukturen und der Verbreitung von menschenverachtender Hetze in Hamburg entgegenzutreten, haben wir uns 2005 mit vielen Gruppen und Initiativen spektrenübergreifend zum Hamburger Bündnis gegen Rechts zusammengeschlossen. Gemeinsam sind wir stärker gegen Rechts und können antifaschistische Positionen in Hamburg verbreiten und anschlussfähig machen. Wir klären in Pressemitteilungen und in Veranstaltungen über die AfD, Burschenschaften und neonazistische Strukturen auf und organisieren breite zivilgesellschaftliche Proteste gegen Rechts.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Die AfD ist eine in Teilen faschistische Partei und verbreitet Hass und Hetze. Sie überschreitet bewusst Grenzen und trägt dazu bei, dass Neonazis motiviert werden, Gewalttaten gegenüber Menschen auszuüben. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der AfD jeden Raum zu nehmen, in dem sie ihre Propaganda verbreiten möchte. Wir sorgen mit Briefen und Aufklärung über die AfD dafür, dass die AfD regelmäßig ihre Räumlichkeiten gekündigt bekommt und jede doch stattfindende Veranstaltung wird mit lautem Protest begleitet. Ob Bundesparteitage, Landesparteitage oder die „AfD-Fraktion im Dialog“, wir sagen: Faschist*innen haben in Parlamenten nichts zu suchen.

Auch im Wahlkampf werden wir nicht auf dem Sofa sitzen bleiben. Gemeinsam mit Aufstehen gegen Rassismus, der Interventionistischen Linken und dem Offenen Antifatreffen laden wir dazu ein, die Wahlkampfstände der AfD in den Stadtteilen mit lautem Protest zu begleiten und die Menschen über die Positionen der AfD aufzuklären. Weil rechte Positionen nicht nur an den Wahlkampfständen der AfD verbreitet werden, sondern auch zunehmend in der Familie oder im Bekanntenkreis, gibt es von Aufstehen gegen Rassismus eine Stammtischkämpfer*innenausbildung, bei der gelernt werden kann, wie wir schlagfertig auf rechte Äußerungen reagieren können und rechte Narrative enttarnen können.

Die AfD bekommt immer mehr Sitze in Parlamenten und damit mehr politische Macht und Gelder, um ihre menschenfeindliche Ideologie umzusetzen. Um dieser zunehmenden Gefahr entgegenzutreten, haben wir uns nicht nur im Hamburger Bündnis gegen Rechts zusammengeschlossen, sondern arbeiten auch in bundesweiten Aktionsbündnissen mit, um AfD-Bundesparteitage zu blockieren.

Wir haben uns im Juni am Aktionsbündnis Widersetzen beteiligt, um den Bundesparteitag in Essen zu verhindern. In Essen waren 70.000 Menschen auf der Straße und mit 7.000 Menschen in den Blockaden konnten wir erfolgreich den Parteitag verzögern. Widersetzen ist ein breites Bündnis, in dem antifaschistische und feministische Gruppen, Gewerkschaften, die Klimabewegung, migrantische Gruppen, sowie Studierende und Schüler*innen zusammenkommen, um der AfD den Raum zu nehmen. Wenn wir eine Welt ohne Faschist*innen wollen, heißt das manchmal auch unbequeme Wege gehen oder mit Widersetzen in der Kälte sitzen.

Gegen Burschenschaften in der Nachbarschaft, auf dem Kiez und auf dem Wasser

Die neofaschistische Hamburger Burschenschaft Germania musste nach jahrzehntelangen Protesten und einer erfolgreichen Klage der Nachbarschaft 2022 aus der Sierichstraße in Winterhude ausziehen. Ihr neues Burschenschaftshaus hat sie in Marienthal, wo sich ebenfalls eine Nachbarschaftsinitiative zur Wehr setzt. Die Initiative „Marienthal bleibt bunt“ organisierte am internationalen Holocaustgedenktag am 27. Januar eine Demonstration, an der 400 Menschen teilnahmen. Während der Abschlusskundgebung vor dem Burschenschaftshaus in der Jüthornstraße zeigte ein Burschenschaftler den Hitlergruß. Das war kein Ausrutscher, denn die Germania verherrlicht NS-Geschichte immer wieder. Einmal im Jahr lädt sie zum Norddeutschen Heimatabend ein. Hier treffen sich nicht nur Burschenschaftler, sondern auch Mitglieder der Jungen Alternative, der Identitären Bewegung und andere Neonazis. Auch 2024 konnten wir zeigen, dass wir keine Nazis auf St. Pauli haben wollen. Wir sind mit 1500 Antifaschist*innen laut durch die Straßen gezogen. Wir werden die Aktivitäten der Germania und ihre Verstrickungen in neonazistische Netzwerke weiter offen legen und gegen ihre Umtriebe protestieren.

„Wer gegen Nazis kämpft kann sich auf den Staat nicht verlassen“

Das sagte Esther Bejerano und kritisierte damit das staatliche Versagen in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen und im Fall des NSU-Komplexes. In diesem wurden Opfer nicht geschützt, sondern verdächtigt und diffamiert, Akten geschreddert, Ermittlungen durch den Verfassungsschutz behindert und über V-Männer Nazistrukturen mitfinanziert. 2001 wurde in Hamburg Süleyman Taşköprü vom NSU durch Kopfschüsse ermordet. Trotzdem gibt es hier immer noch keinen Untersuchungsausschuss, der zu einer lückenlosen Aufklärung beitragen könnte. 2023 lehnte die Hamburger Bürgerschaft zum dritten Mal einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ab. Wir fordern weiter einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und eine lückenlose Aufklärung. Auch bei den Morden in Hanau sind Lücken in der Aufarbeitung, die nach einer Aufklärung verlangen. Gemeinsam mit anderen Initiativen und Gruppen veranstalten wir jährlich im Februar eine Kundgebung, um an Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu,

Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov zu erinnern und uns den Forderungen der Initiative 19. Februar Hanau „Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen“ anzuschließen. Es reicht nicht aus, wenn Trauer um die Opfer rassistischer Morde bekundet wird. Rechte Anschläge müssen lückenlos aufgeklärt werden, neonazistische Strukturen offen gelegt werden und Konsequenzen ergriffen werden.

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!“

Dieser Forderung Esther Bejeranos zum 8. Mai möchten wir uns anschließen. Der Zulauf zu rechten Parteien in Europa zeigt uns, wie erschreckend wenig Menschen aus der Geschichte gelernt haben oder lernen wollen. Die Welt hat gesehen wohin Faschismus führt – Deutschland hat Europa und der Welt im Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid zugefügt, Millionen Menschen ermordet und in den Tod getrieben. Im Holocaust wurden 6 Millionen Juden und Jüdinnen ermordet. Was passiert ist, kann wieder geschehen. Den 8. Mai zum Feiertag erklären würde bedeuten, einen Tag zu schaffen, an dem wir kollektiv zusammenkommen können, um zu erinnern und die Befreiung zu feiern. 2022 hat die Hamburger Bürgerschaft den 8. Mai zum Gedenktag erklärt. Am nächsten 8. Mai feiern wir den 80. Jahrestag der Befreiung. Auch dieser wäre eine gute Gelegenheit, den 8. Mai offiziell zum Feiertag zu erklären.

Solidarität statt Hetze

In einem zunehmend rohen gesellschaftlichen Klima, in dem das Asylrecht nahezu abgeschafft wird und die soziale Spaltung vorangetrieben wird, brauchen wir Orte des Austausches und der Solidarität. Wir wollen eine vielfältige, solidarische Gesellschaft für alle. Nicht nur die AfD, sondern auch die Regierungsparteien sind Teil des gesellschaftlichen Rechtsrucks. SPD, Grüne und FDP haben mit dem Sicherheitspakt das Asylrecht weiter ausgehöhlt und Überwachungsmaßnahmen verschärft. Gemeinsam mit der Seebrücke und vielen weiteren Gruppen gehen wir hiergegen auf die Straße und zeigen, dass Hamburg vielfältig und solidarisch ist.

Unsere Form des gemeinsamen Protestes wird nicht ausreichen, um den Rechtsruck aufzuhalten. Dafür müssen wir uns auch in der Nachbarschaft, in der Schule, im Betrieb und im Sportverein stark machen und vielfältige Strategien gegen Rechts entwickeln, die auch die soziale Frage mit in den Blick nehmen. Wir müssen unsere Vision einer solidarischen Gesellschaft mit anderen teilen und gemeinsam für soziale Rechte streiten. Antifaschistisch handeln heißt auch für soziale Rechte für alle zu kämpfen und sich über antifaschistische Zusammenhänge hinaus zu vernetzen. Auch wenn sich darüber streiten lässt, was nun aktuell die richtige Strategie gegen Rechts ist, ist klar: Antifa ist und bleibt notwendig. Ob in Gesprächen an der Haustür, bei der Suppe im Stadtteil oder beim Blockieren von AfD-Parteitagen, unsere unermüdliche Arbeit trägt dazu bei, dass Hass und Hetze der AfD entgegengesetzt wird. Am Ende eint uns die Vision einer solidarischen Gesellschaft ohne Nazis.

Über Uns



Die VVN-BdA Hamburg

Seit 1947 gibt es in Hamburg eine „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Damals gründeten die Überlebenden der faschistischen Haftstätten und Konzentrationslager und die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand diese Organisation, die der Vertretung der sozialen und politischen Interessen des „anderen Deutschlands“ diene. Ihre Forderung lautete: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Die aus dem KZ Buchenwald nach Hause zurückkehrenden Häftlinge brachten das Vermächtnis des Schwurs von Buchenwald mit: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel! Dieses Vermächtnis setzt die VVN-BdA Hamburg bis heute in praktischer antifaschistischer Politik um.

1971 öffnete sich die VVN für Antifaschist*innen der nachfolgenden Generationen, was in der Erweiterung des Namens um „Bund der Antifaschist*innen“ zum Ausdruck kommt.

Das Landesbüro ist offen für alle Neugierigen und Informationssuchenden. Wir unterstützen euch gerne. Und wenn ihr auch „nur“ mal Lust auf ein Gespräch zum Meinungsaustausch mit uns habt, dann seid ihr herzlich willkommen.

Wir sind i.d.R. am Mittwoch von 14 – 19 Uhr und am Donnerstag von 11 – 15 Uhr im Büro in der Hein-Hoyer-Straße 41 anzutreffen. Oder ihr vereinbart einfach einen Termin.

☎ 040 314254

✉ vvn-bda.hh@t-online.de

🌐 www.hamburg.vvn-bda.de



Der Arbeitskreis Neofaschismus

Im AK Neofa arbeiten wir systematisch und kontinuierlich zum Thema extreme Rechte / Neofaschismus in Hamburg. Gerade das Aufdecken von Verbindungen zwischen extremer Rechter, parlamentarischer Rechter und der Verschwörungsszene ist uns dabei wichtig. Wir haben den Eindruck, dass es Normalisierungstendenzen gibt, denen wir etwas entgegenstellen wollen. Konsequente antifaschistische Arbeit muss solche Tendenzen klar benennen – und sie dafür gut recherchiert aufbereiten und vermitteln. Darüber hinaus entwickeln wir weitere Projekte.

Mitglieder, die sich für eine Mitarbeit im AK Neofa interessieren, können sich gerne melden.

Vortrag: Der Weg der AfD zur neofaschistischen Partei

Der AK Neofa der VVN-BdA Hamburg bietet den Vortrag „Der Weg der AfD zur neofaschistischen Partei – was tun?“ für interessierte Gruppen an. Der Vortrag gibt einen komprimierten Überblick über die Entwicklung der AfD und bietet Anknüpfungspunkte für Diskussionen. Ausgehend von einer Annäherung an den Begriff des (Neo-)Faschismus wird anhand von Aussagen der AfD gezeigt, dass die Partei rassistisch, nationalistisch, antisemitisch und antidemokratisch ist. Darüber hinaus wird erörtert, wie die AfD trotz – oder wegen? – dieser Ausrichtung politisch erfolgreich und gut vernetzt ist. Seit ihrer Gründung befand sie sich auf einer Einbahnstraße nach rechts und ist mittlerweile zu einer offen (neo-)faschistischen Partei geworden. Abschließend werden Beispiele von Protest- und Beteiligungsmöglichkeiten vorgestellt, die zeigen, dass Widerstand möglich und sinnvoll ist.

Wer sich für den Vortrag interessiert, sei es intern, als Gruppe oder für eine offene Veranstaltung, kann sich gerne per Mail melden.

✉ afd-watch-hamburg@hbgr.org



Der Weg der AfD zur (neo)faschistischen Partei



AfD Watch Hamburg

AfD-Watch Hamburg ist eine Initiative des Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBGR) und des Arbeitskreis Neofaschismus der VVN-BdA. Der Watch-Blog ist ein Informationspool für alle, die sich kritisch mit der AfD in der Hansestadt auseinandersetzen wollen. Er richtet sich an eine interessierte Öffentlichkeit und möchte einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung gegen Rechts leisten. Wir haben den im Jahr 2020 gestartete Watch-Blog zu den Europa- und Bezirkswahlen im Juni 2024 aktualisiert und veröffentlichen anlässlich der Bürgerschaftswahl im März 2025 regelmäßig neue Artikel.

Wir beobachten die Hamburger AfD in all ihren braunen Facetten.

Über Anregungen, Feedback und Hinweise freuen wir uns.

✉ afd-watch-hamburg@hbgr.org

🌐 www.afd-watch-hamburg.org



Hamburger Bündnis gegen Rechts

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht seit 2005. Bei uns ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Äußerungen, Gewalttaten und Anschläge sowie menschenverachtende Hetze, Terror und Mordtaten der Faschisten nicht länger dulden wollen. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht aus unabhängigen antifaschistischen Zusammenhängen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Trotz zum Teil erheblicher Widersprüche zu Einzelfragen und Themen arbeiten wir zusammen mit dem Ziel, antifaschistisch zu wirken. Beschlüsse werden im Bündnis gemeinsam gefasst und auch gemeinsam durchgesetzt.

✉ kontakt@hbgr.org

📷 [@hamburgerbuenndnisgegenrechts](https://www.instagram.com/hamburgerbuenndnisgegenrechts)

🌐 www.hbgr.org



Aufstehen gegen Rassismus Hamburg

Seit Herbst 2016 setzt sich die Hamburger Aktivengruppe von Aufstehen gegen Rassismus (AgR) gegen jede Form von menschenverachtender Ideologie ein. Als Teil der bundesweiten Kampagne Aufstehen gegen Rassismus richtet sie sich mit ihren Aktionen vor allem gegen die AfD. In der Gruppe engagieren sich Menschen verschiedener Altersgruppen, Ideen, Lebensarten und politischer Erfahrung, um einen Beitrag zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen die AfD und rechtes Denken zu leisten. Menschen werden von AgR ermutigt und darin unterstützt, selbst gegen Rassismus aktiv zu werden. Dafür bietet AgR auch Stammtischkämpfer*innen-Workshops an, in denen Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten gegenüber rechten Parolen aufgezeigt werden.

Alle Infos zur Hamburger Aktivengruppe, ihren Aktionen und Treffen:

 @aufstehen_gegen_rassismus_hh

 www.agr-hamburg.org

Impressum

V.i.S.d.P.

E. Krefft, c/o VVN-BdA Hamburg, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg

Texte & Layout

Arbeitskreis Neofaschismus, VVN-BdA Hamburg

Fotos

Aufstehen gegen Rassismus Hamburg, Olaf Wunder (S. 52)

Druck

Drucktechnik Altona

Antifaschistische Recherche auf
www.afd-watch-hamburg.org